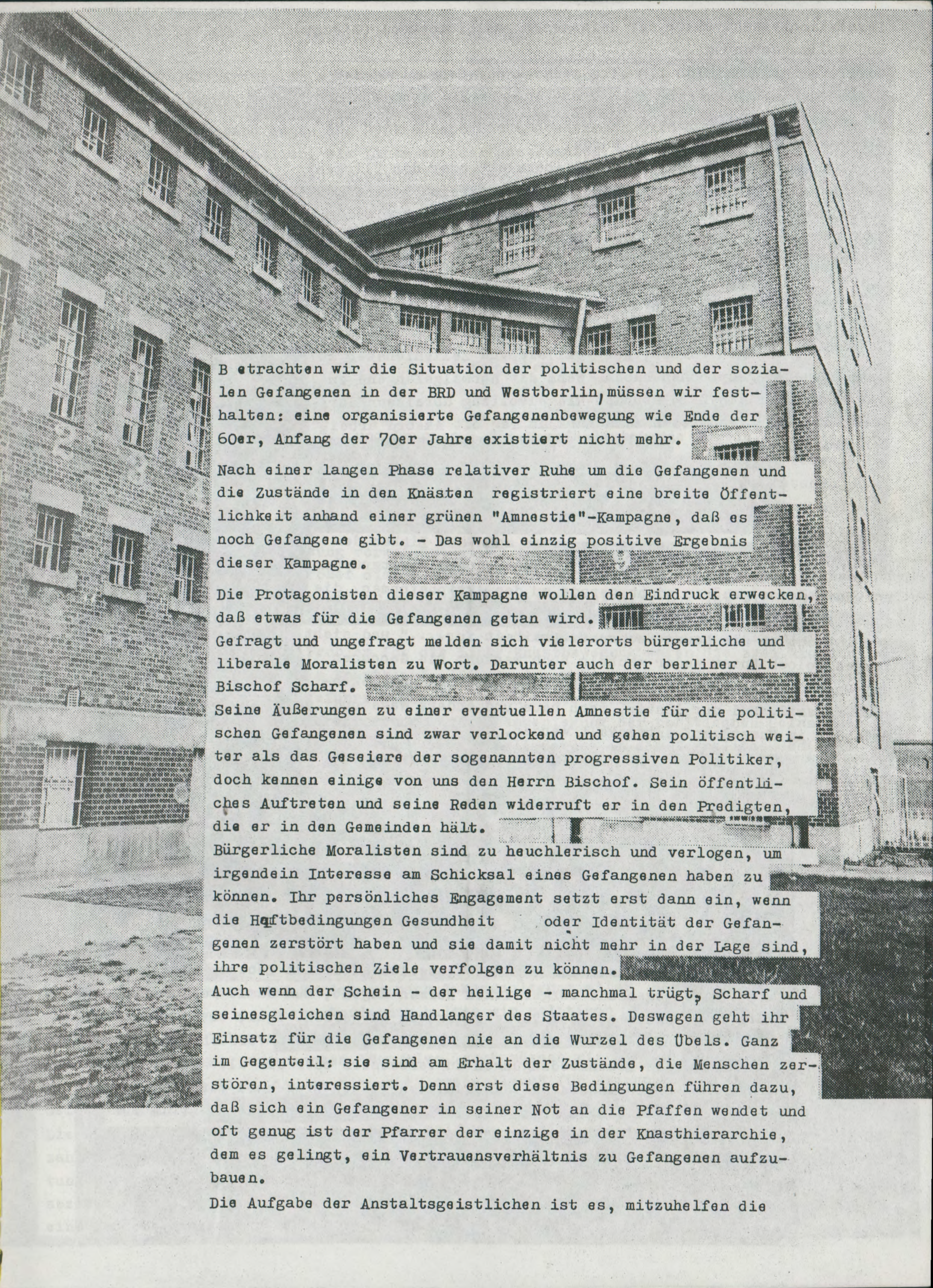

Nr. 19
2. September 1988
INTERFACE
2 DM
Wöchentliches Berlin-Info
Die Linken haben den Knast verdrängt
– Brief von Ronald Fritsch und Ralf Reinders
RVTM zu CIM

DIE LINKEN HABEN DEN KNAST VERDRÄNGT



Redebeitrag der Veranstaltung "Zusammenlegung der politischen Gefangenen der BRD und West-Berlin" vom letzten Dienstag im Ex, verfaßt von Ralf Reinders und Ronald Fritzsch (Gefangene der Bewegung 2.Juni) und während der Veranstaltung verlesen. Ronald und Ralf zerstören darin einerseits den Mythos des sogenannten "Normalvollzuges" als Alternative zur Zusammenlegungsforderung, begründen andererseits noch einmal, warum die Verankerung der politischen Gefangenen in den Knastkämpfen der "sozialen" Gefangenen notwendig bleibt.
Das gegenwärtige "Dialogangebot" an die RAF-Gefangenen, so meinen sie, sei nicht etwa ein Zeichen der Schwäche des Staates sondern ein großangelegter "Behandlungsvollzug" für die politischen Gefangenen.

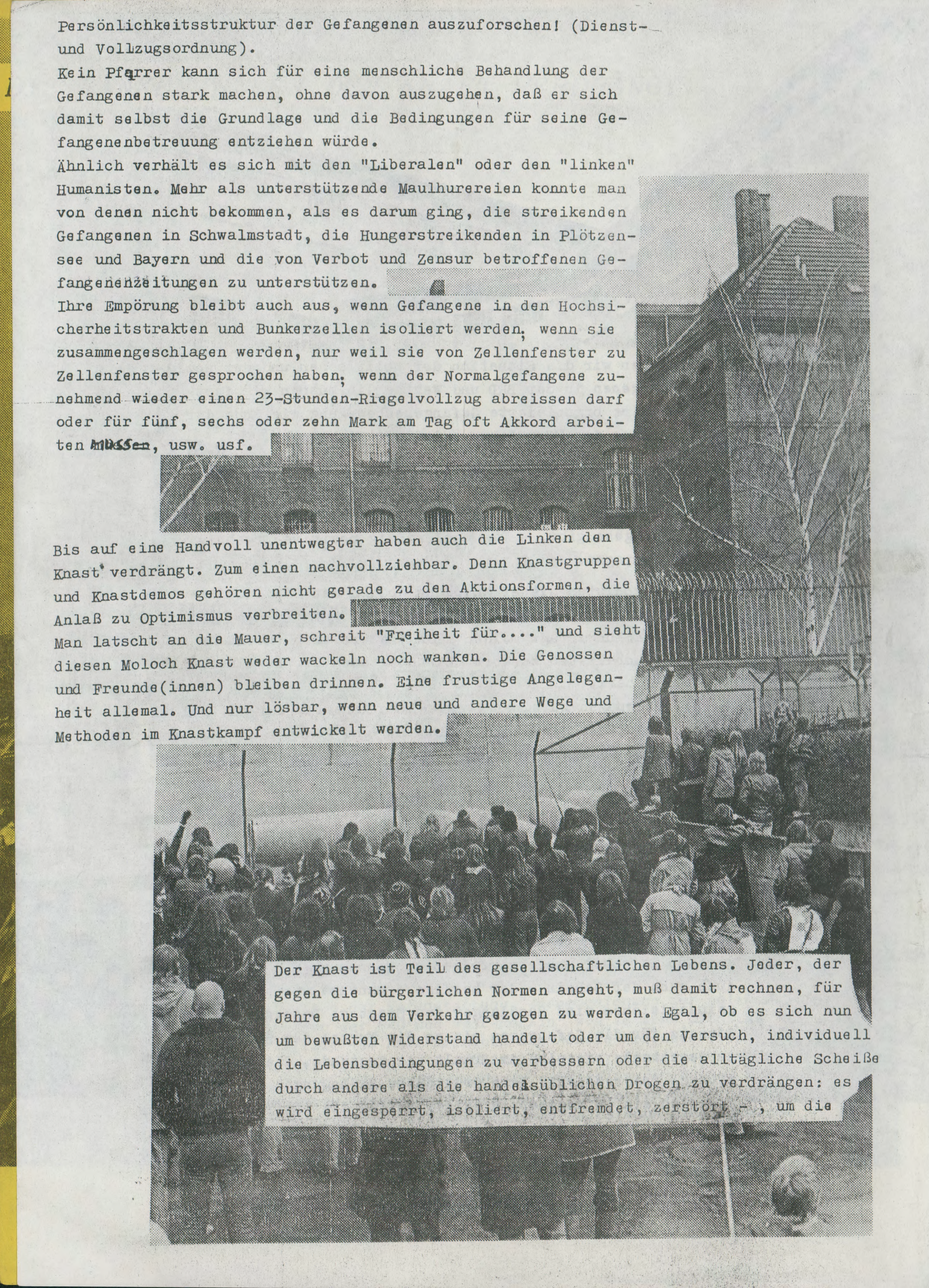


Betrachten wir die Situation der politischen und der sozialen Gefangenen in der BRD und Westberlin, müssen wir festhalten: eine organisierte Gefangenenbewegung wie Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre existiert nicht mehr.

Nach einer langen Phase relativer Ruhe um die Gefangenen und die Zustände in den Knästen registriert eine breite Öffentlichkeit anhand einer grünen "Amnestie"-Kampagne, daß es noch Gefangene gibt. - Das wohl einzig positive Ergebnis dieser Kampagne.

Die Protagonisten dieser Kampagne wollen den Eindruck erwecken, daß etwas für die Gefangenen getan wird.
Gefragt und ungefragt melden sich vielerorts bürgerliche und liberale Moralisten zu Wort. Darunter auch der berliner Alt-Bischof Scharf.
Seine Äußerungen zu einer eventuellen Amnestie für die politischen Gefangenen sind zwar verlockend und gehen politisch weiter als das Geseiere der sogenannten progressiven Politiker, doch kennen einige von uns den Herrn Bischof. Sein öffentliches Auftreten und seine Reden widerruft er in den Predigten, die er in den Gemeinden hält.
Bürgerliche Moralisten sind zu heuchlerisch und verlogen, um irgendein Interesse am Schicksal eines Gefangenen haben zu können. Ihr persönliches Engagement setzt erst dann ein, wenn die Haftbedingungen Gesundheit oder Identität der Gefangenen zerstört haben und sie damit nicht mehr in der Lage sind, ihre politischen Ziele verfolgen zu können.
Auch wenn der Schein - der heilige - manchmal trügt, Scharf und seinesgleichen sind Handlanger des Staates. Deswegen geht ihr Einsatz für die Gefangenen nie an die Wurzel des Übels. Ganz im Gegenteil: sie sind am Erhalt der Zustände, die Menschen zerstören, interessiert. Denn erst diese Bedingungen führen dazu, daß sich ein Gefangener in seiner Not an die Pfaffen wendet und oft genug ist der Pfarrer der einzige in der Knasthierarchie, dem es gelingt, ein Vertrauensverhältnis zu Gefangenen aufzubauen.

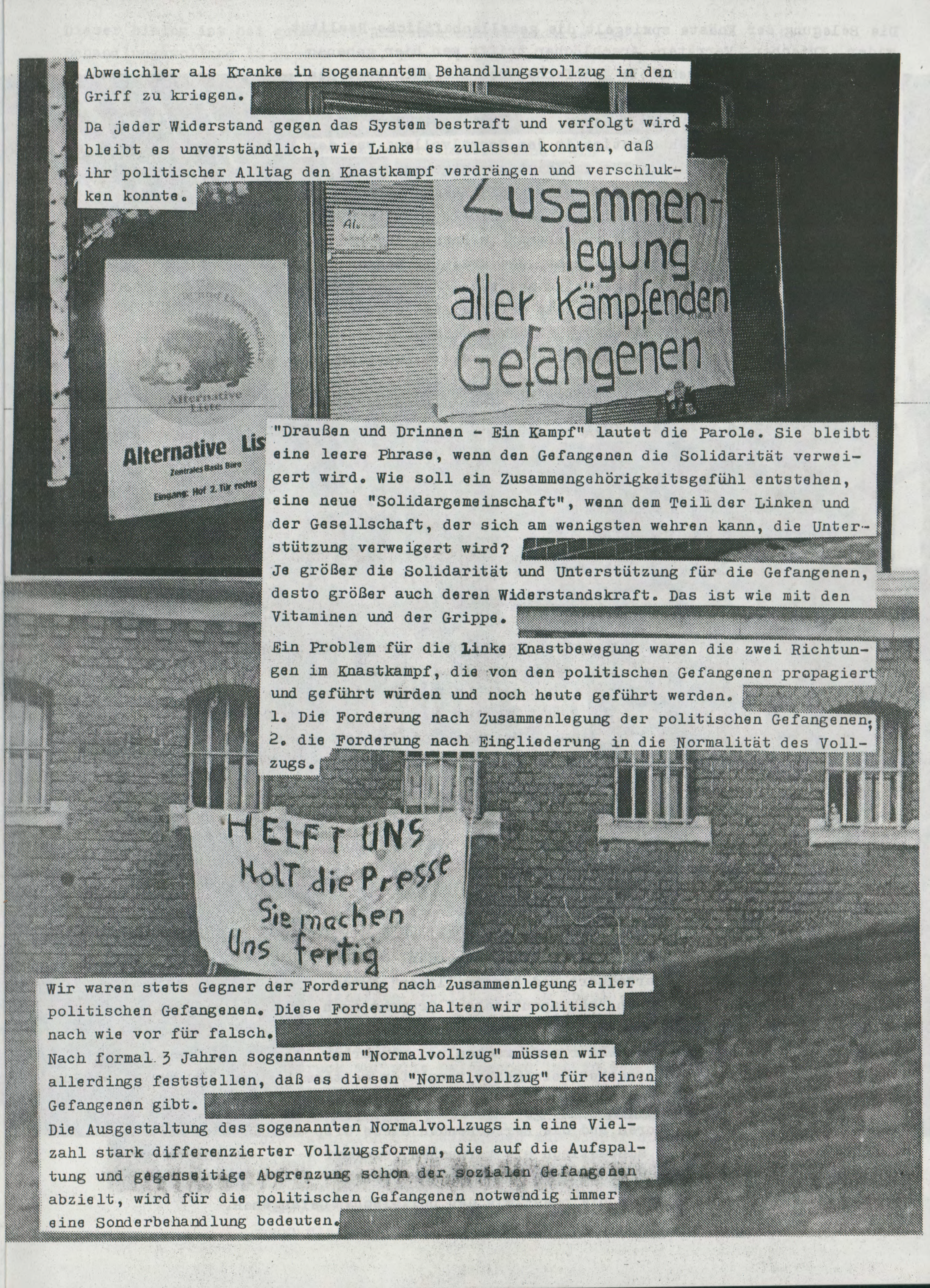
Die Aufgabe der Anstaltsgeistlichen ist es, mitzuhelfen die



Persönlichkeitsstruktur der Gefangenen auszuforschen! (Dienst- und Vollzugsordnung).
Kein Pfarrer kann sich für eine menschliche Behandlung der Gefangenen stark machen, ohne davon auszugehen, daß er sich damit selbst die Grundlage und die Bedingungen für seine Gefangenenbetreuung entziehen würde.
Ähnlich verhält es sich mit den "Liberalen" oder den "linken" Humanisten. Mehr als unterstützende Maulhurereien konnte man von denen nicht bekommen, als es darum ging, die streikenden Gefangenen in Schwalmstadt, die Hungerstreikenden in Plötzensee und Bayern und die von Verbot und Zensur betroffenen Gefangenenzeitungen zu unterstützen.
Ihre Empörung bleibt auch aus, wenn Gefangene in den Hochsicherheitstrakten und Bunkerzellen isoliert werden, wenn sie zusammengeschlagen werden, nur weil sie von Zellenfenster zu Zellenfenster gesprochen haben, wenn der Normalgefangene zunehmend wieder einen 23-Stunden-Riegelvollzug abreissen darf oder für fünf, sechs oder zehn Mark am Tag oft Akkord arbeiten müssen, usw. usf.

Bis auf eine Handvoll unentwegter haben auch die Linken den Knast verdrängt. Zum einen nachvollziehbar. Denn Knastgruppen und Knastdemos gehören nicht gerade zu den Aktionsformen, die Anlaß zu Optimismus verbreiten.
Man latscht an die Mauer, schreit "Freiheit für...." und sieht diesen Moloch Knast weder wackeln noch wanken. Die Genossen und Freunde(innen) bleiben drinnen. Eine frustige Angelegenheit allemal. Und nur lösbar, wenn neue und andere Wege und Methoden im Knastkampf entwickelt werden.

Der Knast ist Teil des gesellschaftlichen Lebens. Jeder, der gegen die bürgerlichen Normen angeht, muß damit rechnen, für Jahre aus dem Verkehr gezogen zu werden. Egal, ob es sich nun um bewußten Widerstand handelt oder um den Versuch, individuell die Lebensbedingungen zu verbessern oder die alltägliche Scheiße durch andere als die handelsüblichen Drogen zu verdrängen: es wird eingesperrt, isoliert, entfremdet, zerstört - , um die



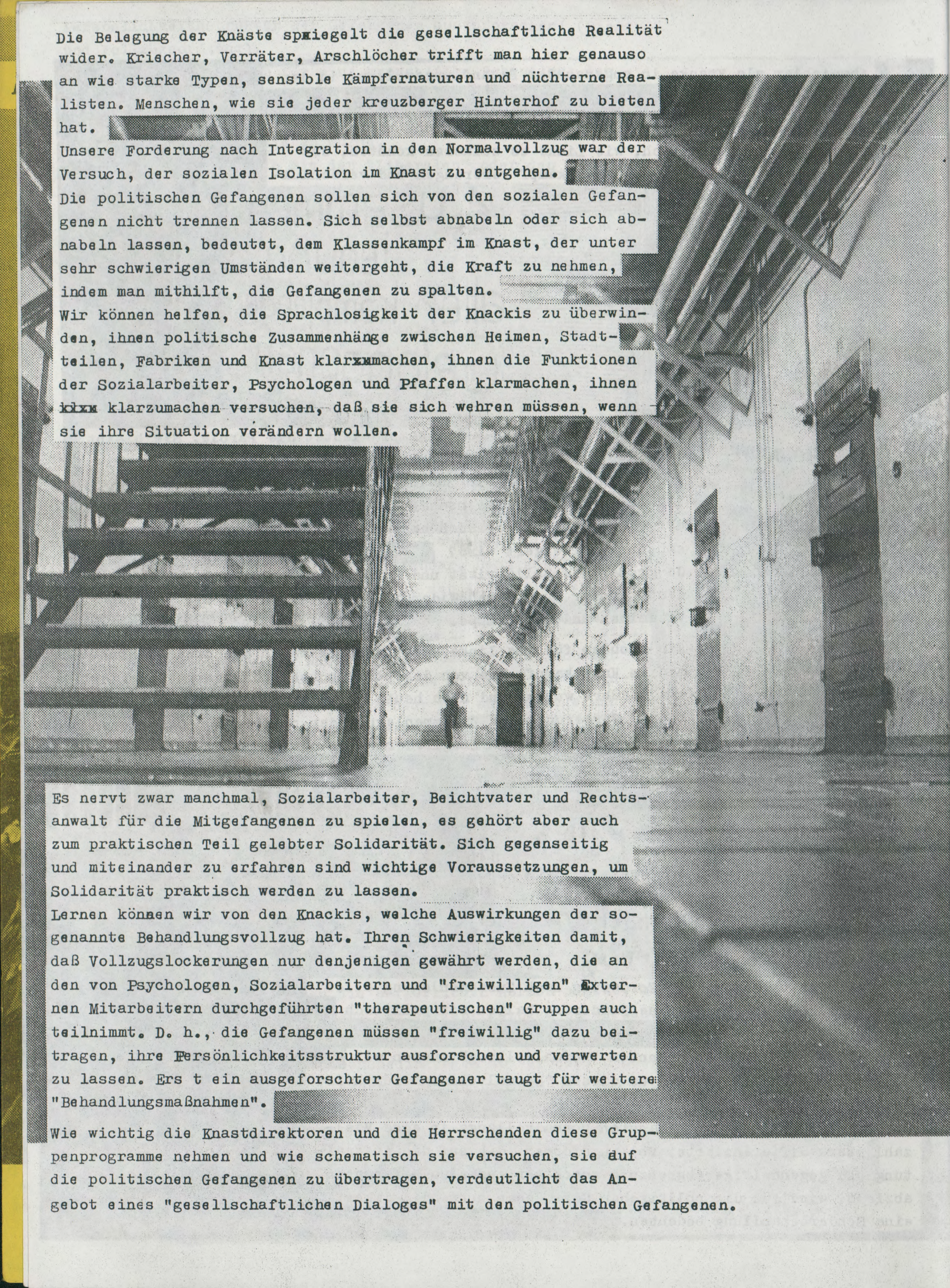
Abweichler als Kranke in sogenanntem Behandlungsvollzug in den Griff zu kriegen.

Da jeder Widerstand gegen das System bestraft und verfolgt wird, bleibt es unverständlich, wie Linke es zulassen konnten, daß ihr politischer Alltag den Knastkampf verdrängen und verschlukken konnte.

"Draußen und Drinnen - Ein Kampf" lautet die Parole. Sie bleibt eine leere Phrase, wenn den Gefangenen die Solidarität verweigert wird. Wie soll ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, eine neue "Solidargemeinschaft", wenn dem Teil der Linken und der Gesellschaft, der sich am wenigsten wehren kann, die Unterstützung verweigert wird?
Je größer die Solidarität und Unterstützung für die Gefangenen, desto größer auch deren Widerstandskraft. Das ist wie mit den Vitaminen und der Grippe.

Ein Problem für die Linke Knastbewegung waren die zwei Richtungen im Knastkampf, die von den politischen Gefangenen propagiert und geführt würden und noch heute geführt werden.
1. Die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen,
2. die Forderung nach Eingliederung in die Normalität des Vollzugs.

Wir waren stets Gegner der Forderung nach Zusammenlegung aller politischen Gefangenen. Diese Forderung halten wir politisch nach wie vor für falsch.
Nach formal 3 Jahren sogenanntem "Normalvollzug" müssen wir allerdings feststellen, daß es diesen "Normalvollzug" für keinen Gefangenen gibt.
Die Ausgestaltung des sogenannten Normalvollzugs in eine Vielzahl stark differenzierter Vollzugsformen, die auf die Aufspaltung und gegenseitige Abgrenzung schon der sozialen Gefangenen abzielt, wird für die politischen Gefangenen notwendig immer eine Sonderbehandlung bedeuten.



Die Belegung der Knäste spxiegelt die gesellschaftliche Realität wider. Krischer, Verräter, Arschlöcher trifft man hier genauso an wie starke Typen, sensible Kämpfernaturen und nüchterne Realisten. Menschen, wie sie jeder kreuzberger Hinterhof zu bieten hat.

Unsere Forderung nach Integration in den Normalvollzug war der Versuch, der sozialen Isolation im Knast zu entgehen.

Die politischen Gefangenen sollen sich von den sozialen Gefangenen nicht trennen lassen. Sich selbst abnabeln oder sich abnabeln lassen, bedeutet, dem Klassenkampf im Knast, der unter sehr schwierigen Umständen weitergeht, die Kraft zu nehmen, indem man mithilft, die Gefangenen zu spalten.

Wir können helfen, die Sprachlosigkeit der Knackis zu überwinden, ihnen politische Zusammenhänge zwischen Heimen, Stadtteilen, Fabriken und Knast klarxxmachen, ihnen die Funktionen der Sozialarbeiter, Psychologen und Pfaffen klarmachen, ihnen kixx klarzumachen versuchen, daß sie sich wehren müssen, wenn sie ihre Situation verändern wollen.

Es nervt zwar manchmal, Sozialarbeiter, Beichtvater und Rechtsanwalt für die Mitgefangenen zu spielen, es gehört aber auch zum praktischen Teil gelebter Solidarität. Sich gegenseitig und miteinander zu erfahren sind wichtige Voraussetzungen, um Solidarität praktisch werden zu lassen.

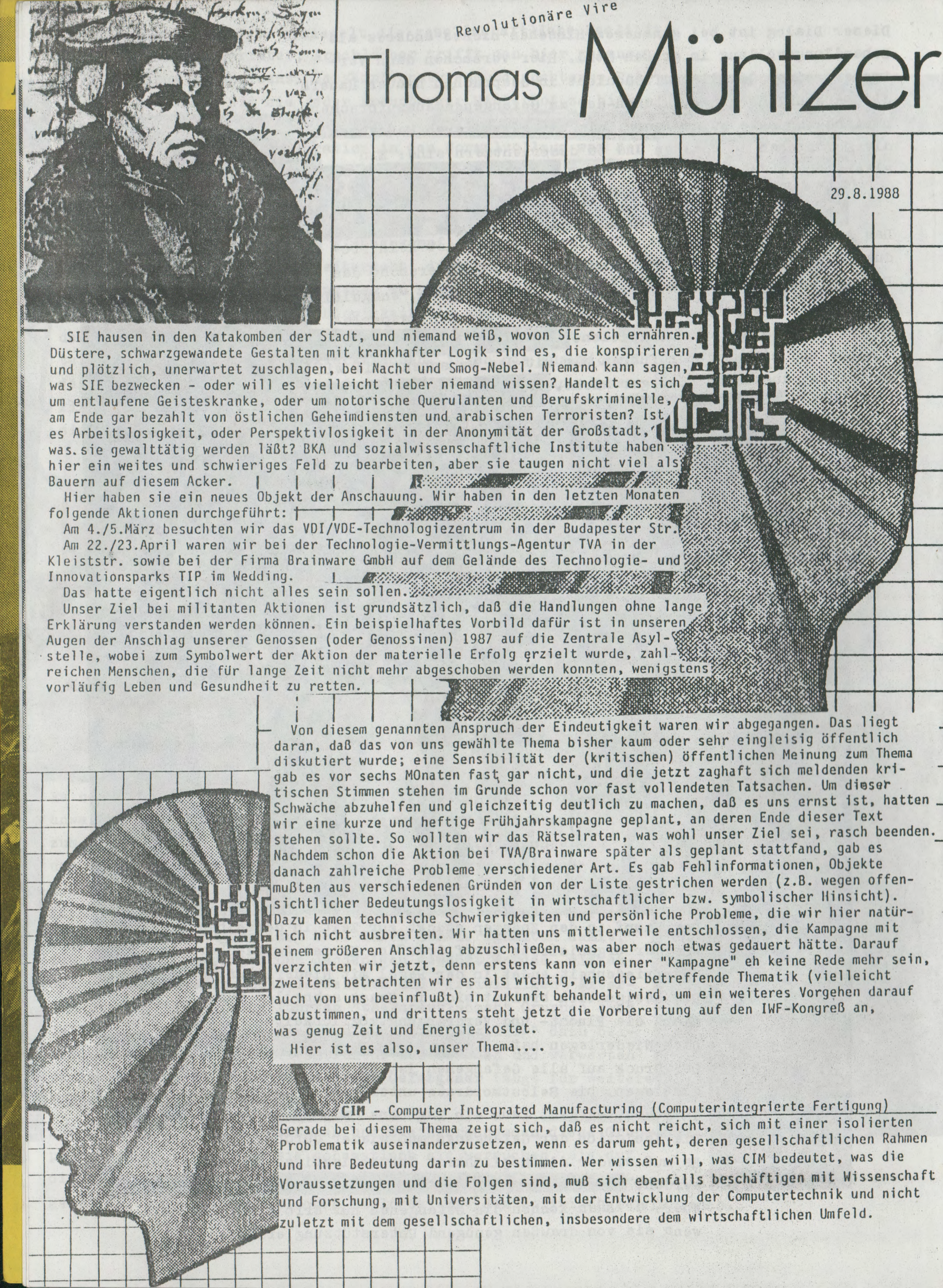
Lernen können wir von den Knackis, welche Auswirkungen der sogenannte Behandlungsvollzug hat. Ihren Schwierigkeiten damit, daß Vollzugslockerungen nur denjenigen gewährt werden, die an den von Psychologen, Sozialarbeitern und "freiwilligen" Externen Mitarbeitern durchgeführten "therapeutischen" Gruppen auch teilnimmt. D. h., die Gefangenen müssen "freiwillig" dazu beitragen, ihre Persönlichkeitsstruktur ausforschen und verwerten zu lassen. Ers t ein ausgeforschter Gefangener taugt für weitere "Behandlungsmaßnahmen".

Wie wichtig die Knastdirektoren und die Herrschenden diese Gruppenprogramme nehmen und wie schematisch sie versuchen, sie auf die politischen Gefangenen zu übertragen, verdeutlicht das Angebot eines "gesellschaftlichen Dialoges" mit den politischen Gefangenen.

Dieser Dialog ist bei genauerem Hinsehen nichts anderes als Behandlungsvollzug im großen Stil. Hier versuchen dann Vertreter einer Gesellschaftsschicht in Gesprächen hinter Mauern die Persönlichkeitsstrukturen der Gefangenen auszuforschen, um Anhaltspunkte zu gewinnen, wie mit gezielteren Maßnahmen die Gefangenen zu spalten und zu desorientiern sind: Ein alternatives Gehirnwäs cheprogramm.

Das Angebot eines gesellschaftlichen Dialoges ist kein Produkt der Schwäche der Herrschenden. Es ist der Versuch, das Problem, das die politischen Gefangenen darstellen, endgültig zu lösen. Ihr Psycho-Spiel mit gesellschaftlichen Kasperlegruppen sollen sie allein spielen.
Dialoge und Diskussionen führen wir mit den Menschen, die wir uns selbst aussuchen oder gar nicht.

Der Kampf in den Knästen steckt zur Zeit in derselben Krise wie der organisierte Kampf draußen. Kurzes Aufflackern von Unzufriedenheit endet in der Regel mit Niederlagen.
Die Resignation breitet sich im Knast schneller aus,. Es gibt nicht die Flucht- und Verdrängungsmöglichkeiten, die man draußen nach Niederlagen hat.
Der Druck auf alle Gefangenen ist in den letzten Jahren wieder gestiegen. Die Selbstmordrate unter den Knackis belegt dies.
In Moabit vergeht kaum ein Tag ohne Selbstmordversuch.
Die Isolation der Gefangenen muß wieder durchbrochen werden.
Es muß wieder die Möglichkeit für kollektives Handeln erkämpft werden.
Aber: drinnen können die Gefangenen nur erfolgreich handeln, wenn sie von draußen genügend Unterstützung erfahren.



Revolutionäre Vire

Thomas Müntzer

29.8.1988

SIE hausen in den Katakomben der Stadt, und niemand weiß, wovon SIE sich ernähren. Düstere, schwarzgewandete Gestalten mit krankhafter Logik sind es, die konspirieren und plötzlich, unerwartet zuschlagen, bei Nacht und Smog-Nebel. Niemand kann sagen, was SIE bezwecken - oder will es vielleicht lieber niemand wissen? Handelt es sich um entlaufene Geisteskranke, oder um notorische Querulanten und Berufskriminelle, am Ende gar bezahlt von östlichen Geheimdiensten und arabischen Terroristen? Ist es Arbeitslosigkeit, oder Perspektivlosigkeit in der Anonymität der Großstadt, was sie gewalttätig werden läßt? BKA und sozialwissenschaftliche Institute haben hier ein weites und schwieriges Feld zu bearbeiten, aber sie taugen nicht viel als Bauern auf diesem Acker.

Hier haben sie ein neues Objekt der Anschauung. Wir haben in den letzten Monaten folgende Aktionen durchgeführt:

Am 4./5.März besuchten wir das VDI/VDE-Technologiezentrum in der Budapester Str.

Am 22./23.April waren wir bei der Technologie-Vermittlungs-Agentur TVA in der Kleiststr. sowie bei der Firma Brainware GmbH auf dem Gelände des Technologie- und Innovationsparks TIP im Wedding.

Das hatte eigentlich nicht alles sein sollen.

Unser Ziel bei militanten Aktionen ist grundsätzlich, daß die Handlungen ohne lange Erklärung verstanden werden können. Ein beispielhaftes Vorbild dafür ist in unseren Augen der Anschlag unserer Genossen (oder Genossinen) 1987 auf die Zentrale Asylstelle, wobei zum Symbolwert der Aktion der materielle Erfolg erzielt wurde, zahlreichen Menschen, die für lange Zeit nicht mehr abgeschoben werden konnten, wenigstens vorläufig Leben und Gesundheit zu retten.

Von diesem genannten Anspruch der Eindeutigkeit waren wir abgegangen. Das liegt daran, daß das von uns gewählte Thema bisher kaum oder sehr eingleisig öffentlich diskutiert wurde; eine Sensibilität der (kritischen) öffentlichen Meinung zum Thema gab es vor sechs MOnaten fast gar nicht, und die jetzt zaghaft sich meldenden kritischen Stimmen stehen im Grunde schon vor fast vollendeten Tatsachen. Um dieser Schwäche abzuhelfen und gleichzeitig deutlich zu machen, daß es uns ernst ist, hatten wir eine kurze und heftige Frühjahrskampagne geplant, an deren Ende dieser Text stehen sollte. So wollten wir das Rätselraten, was wohl unser Ziel sei, rasch beenden. Nachdem schon die Aktion bei TVA/Brainware später als geplant stattfand, gab es danach zahlreiche Probleme verschiedener Art. Es gab Fehlinformationen, Objekte mußten aus verschiedenen Gründen von der Liste gestrichen werden (z.B. wegen offensichtlicher Bedeutungslosigkeit in wirtschaftlicher bzw. symbolischer Hinsicht). Dazu kamen technische Schwierigkeiten und persönliche Probleme, die wir hier natürlich nicht ausbreiten. Wir hatten uns mittlerweile entschlossen, die Kampagne mit einem größeren Anschlag abzuschließen, was aber noch etwas gedauert hätte. Darauf verzichten wir jetzt, denn erstens kann von einer "Kampagne" eh keine Rede mehr sein, zweitens betrachten wir es als wichtig, wie die betreffende Thematik (vielleicht auch von uns beeinflußt) in Zukunft behandelt wird, um ein weiteres Vorgehen darauf abzustimmen, und drittens steht jetzt die Vorbereitung auf den IWF-Kongreß an, was genug Zeit und Energie kostet.

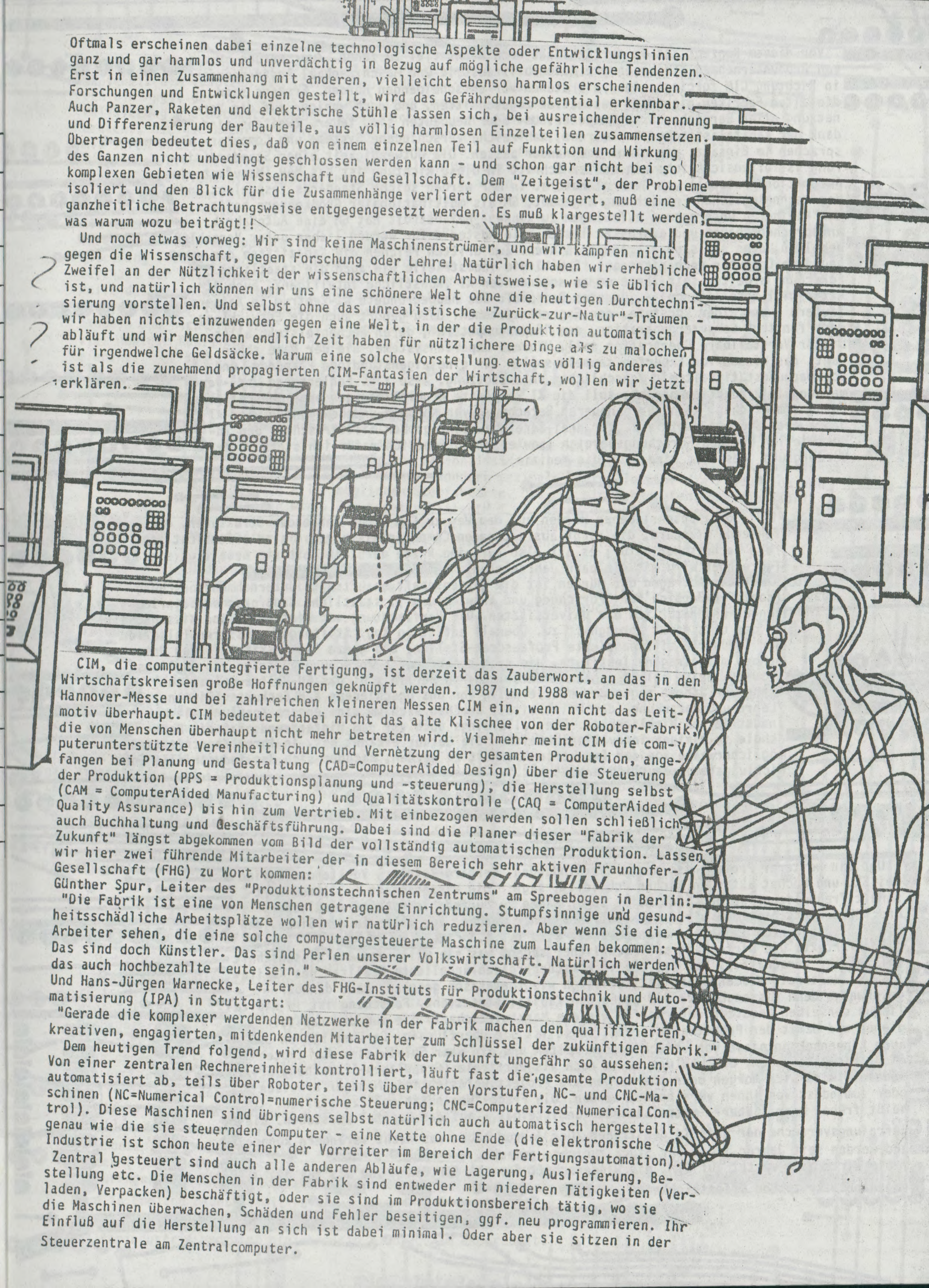
Hier ist es also, unser Thema....

CIM - Computer Integrated Manufacturing (Computerintegrierte Fertigung)

Gerade bei diesem Thema zeigt sich, daß es nicht reicht, sich mit einer isolierten Problematik auseinanderzusetzen, wenn es darum geht, deren gesellschaftlichen Rahmen und ihre Bedeutung darin zu bestimmen. Wer wissen will, was CIM bedeutet, was die Voraussetzungen und die Folgen sind, muß sich ebenfalls beschäftigen mit Wissenschaft und Forschung, mit Universitäten, mit der Entwicklung der Computertechnik und nicht zuletzt mit dem gesellschaftlichen, insbesondere dem wirtschaftlichen Umfeld.

Oftmals erscheinen dabei einzelne technologische Aspekte oder Entwicklungslinien ganz und gar harmlos und unverdächtig in Bezug auf mögliche gefährliche Tendenzen. Erst in einen Zusammenhang mit anderen, vielleicht ebenso harmlos erscheinenden Forschungen und Entwicklungen gestellt, wird das Gefährdungspotential erkennbar. Auch Panzer, Raketen und elektrische Stühle lassen sich, bei ausreichender Trennung und Differenzierung der Bauteile, aus völlig harmlosen Einzelteilen zusammensetzen. Übertragen bedeutet dies, daß von einem einzelnen Teil auf Funktion und Wirkung des Ganzen nicht unbedingt geschlossen werden kann - und schon gar nicht bei so komplexen Gebieten wie Wissenschaft und Gesellschaft. Dem "Zeitgeist", der Probleme isoliert und den Blick für die Zusammenhänge verliert oder verweigert, muß eine ganzheitliche Betrachtungsweise entgegengesetzt werden. Es muß klargestellt werden, was warum wozu beiträgt!!

Und noch etwas vorweg: Wir sind keine Maschinenstrümer, und wir kämpfen nicht gegen die Wissenschaft, gegen Forschung oder Lehre! Natürlich haben wir erhebliche Zweifel an der Nützlichkeit der wissenschaftlichen Arbeitsweise, wie sie üblich ist, und natürlich können wir uns eine schönere Welt ohne die heutigen Durchtechnisierung vorstellen. Und selbst ohne das unrealistische "Zurück-zur-Natur"-Träumen - wir haben nichts einzuwenden gegen eine Welt, in der die Produktion automatisch abläuft und wir Menschen endlich Zeit haben für nützlichere Dinge als zu malochen für irgendwelche Geldsäcke. Warum eine solche Vorstellung etwas völlig anderes ist als die zunehmend propagierten CIM-Fantasien der Wirtschaft, wollen wir jetzt erklären.



CIM, die computerintegrierte Fertigung, ist derzeit das Zauberwort, an das in den Wirtschaftskreisen große Hoffnungen geknüpft werden. 1987 und 1988 war bei der Hannover-Messe und bei zahlreichen kleineren Messen CIM ein, wenn nicht das Leitmotiv überhaupt. CIM bedeutet dabei nicht das alte Klischee von der Roboter-Fabrik, die von Menschen überhaupt nicht mehr betreten wird. Vielmehr meint CIM die computerunterstützte Vereinheitlichung und Vernetzung der gesamten Produktion, angefangen bei Planung und Gestaltung (CAD=ComputerAided Design) über die Steuerung der Produktion (PPS = Produktionsplanung und -steuerung), die Herstellung selbst (CAM = ComputerAided Manufacturing) und Qualitätskontrolle (CAQ = ComputerAided Quality Assurance) bis hin zum Vertrieb. Mit einbezogen werden sollen schließlich auch Buchhaltung und Geschäftsführung. Dabei sind die Planer dieser "Fabrik der Zukunft" längst abgekommen vom Bild der vollständig automatischen Produktion. Lassen wir hier zwei führende Mitarbeiter der in diesem Bereich sehr aktiven Fraunhofer-Gesellschaft (FHG) zu Wort kommen:

Günther Spur, Leiter des "Produktionstechnischen Zentrums" am Spreebogen in Berlin:

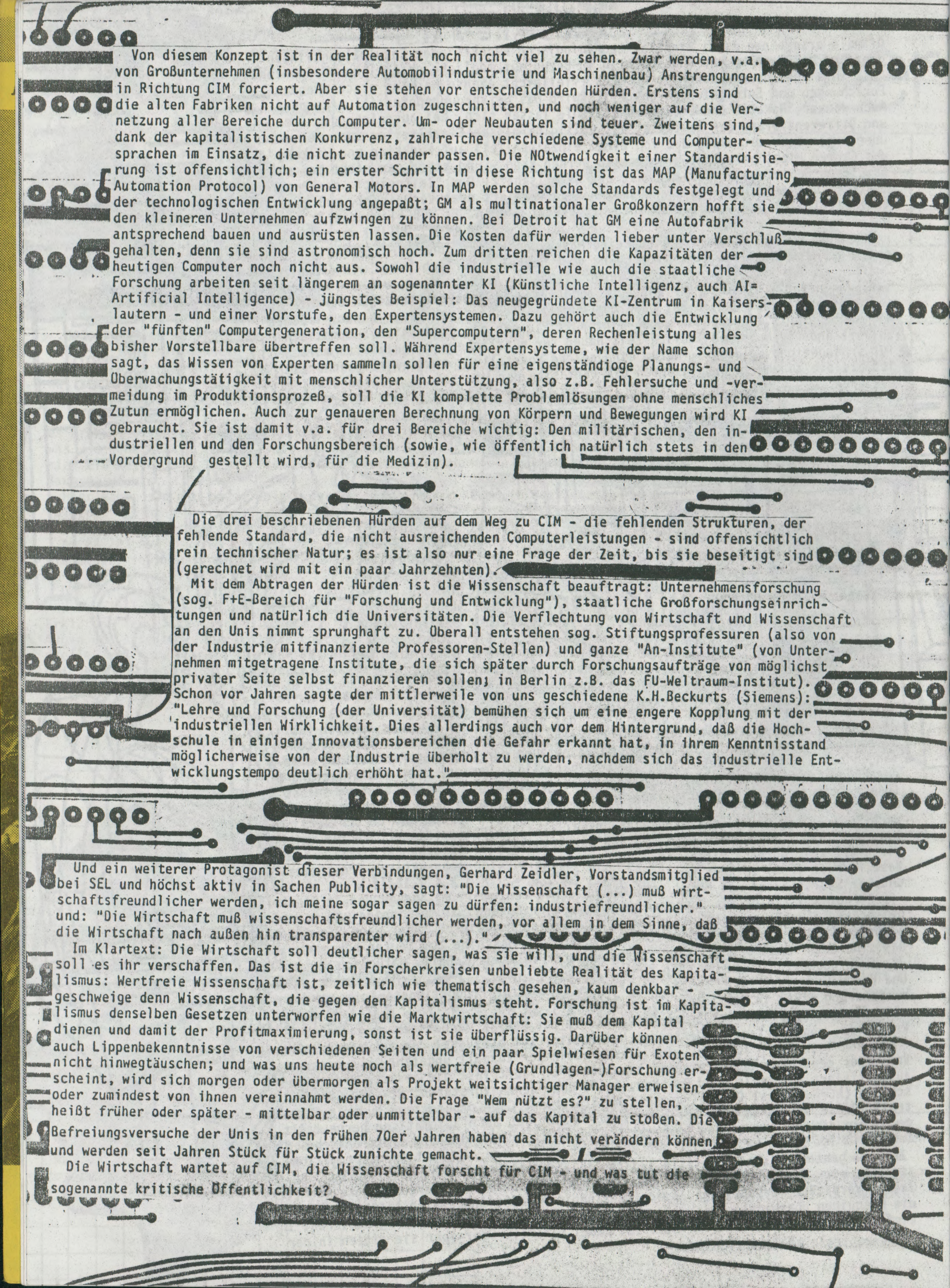
"Die Fabrik ist eine von Menschen getragene Einrichtung. Stumpfsinnige und gesundheitsschädliche Arbeitsplätze wollen wir natürlich reduzieren. Aber wenn Sie die Arbeiter sehen, die eine solche computergesteuerte Maschine zum Laufen bekommen: Das sind doch Künstler. Das sind Perlen unserer Volkswirtschaft. Natürlich werden das auch hochbezahlte Leute sein."

Und Hans-Jürgen Warnecke, Leiter des FHG-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) in Stuttgart:

"Gerade die komplexer werdenden Netzwerke in der Fabrik machen den qualifizierten, kreativen, engagierten, mitdenkenden Mitarbeiter zum Schlüssel der zukünftigen Fabrik."

Dem heutigen Trend folgend, wird diese Fabrik der Zukunft ungefähr so aussehen: Von einer zentralen Rechnereinheit kontrolliert, läuft fast die gesamte Produktion automatisiert ab, teils über Roboter, teils über deren Vorstufen, NC- und CNC-Maschinen (NC=Numerical Control=numerische Steuerung; CNC=Computerized Numerical Control). Diese Maschinen sind übrigens selbst natürlich auch automatisch hergestellt, genau wie die sie steuernden Computer - eine Kette ohne Ende (die elektronische Industrie ist schon heute einer der Vorreiter im Bereich der Fertigungsautomation).

Zentral gesteuert sind auch alle anderen Abläufe, wie Lagerung, Auslieferung, Bestellung etc. Die Menschen in der Fabrik sind entweder mit niederen Tätigkeiten (Verladen, Verpacken) beschäftigt, oder sie sind im Produktionsbereich tätig, wo sie die Maschinen überwachen, Schäden und Fehler beseitigen, ggf. neu programmieren. Ihr Einfluß auf die Herstellung an sich ist dabei minimal. Oder aber sie sitzen in der Steuerzentrale am Zentralcomputer.



Von diesem Konzept ist in der Realität noch nicht viel zu sehen. Zwar werden, v.a. von Großunternehmen (insbesondere Automobilindustrie und Maschinenbau) Anstrengungen in Richtung CIM forciert. Aber sie stehen vor entscheidenden Hürden. Erstens sind die alten Fabriken nicht auf Automation zugeschnitten, und noch weniger auf die Vernetzung aller Bereiche durch Computer. Um- oder Neubauten sind teuer. Zweitens sind, dank der kapitalistischen Konkurrenz, zahlreiche verschiedene Systeme und Computersprachen im Einsatz, die nicht zueinander passen. Die NOtwendigkeit einer Standardisierung ist offensichtlich; ein erster Schritt in diese Richtung ist das MAP (Manufacturing Automation Protocol) von General Motors. In MAP werden solche Standards festgelegt und der technologischen Entwicklung angepaßt; GM als multinationaler Großkonzern hofft sie den kleineren Unternehmen aufzwingen zu können. Bei Detroit hat GM eine Autofabrik antsprechend bauen und ausrüsten lassen. Die Kosten dafür werden lieber unter Verschluß gehalten, denn sie sind astronomisch hoch. Zum dritten reichen die Kapazitäten der heutigen Computer noch nicht aus. Sowohl die industrielle wie auch die staatliche Forschung arbeiten seit längerem an sogenannter KI (Künstliche Intelligenz, auch AI= Artificial Intelligence) - jüngstes Beispiel: Das neugegründete KI-Zentrum in Kaiserslautern - und einer Vorstufe, den Expertensystemen. Dazu gehört auch die Entwicklung der "fünften" Computergeneration, den "Supercomputern", deren Rechenleistung alles bisher Vorstellbare übertreffen soll. Während Expertensysteme, wie der Name schon sagt, das Wissen von Experten sammeln sollen für eine eigenständioge Planungs- und Überwachungstätigkeit mit menschlicher Unterstützung, also z.B. Fehlersuche und -vermeidung im Produktionsprozeß, soll die KI komplette Problemlösungen ohne menschliches Zutun ermöglichen. Auch zur genaueren Berechnung von Körpern und Bewegungen wird KI gebraucht. Sie ist damit v.a. für drei Bereiche wichtig: Den militärischen, den industriellen und den Forschungsbereich (sowie, wie öffentlich natürlich stets in den Vordergrund gestellt wird, für die Medizin).

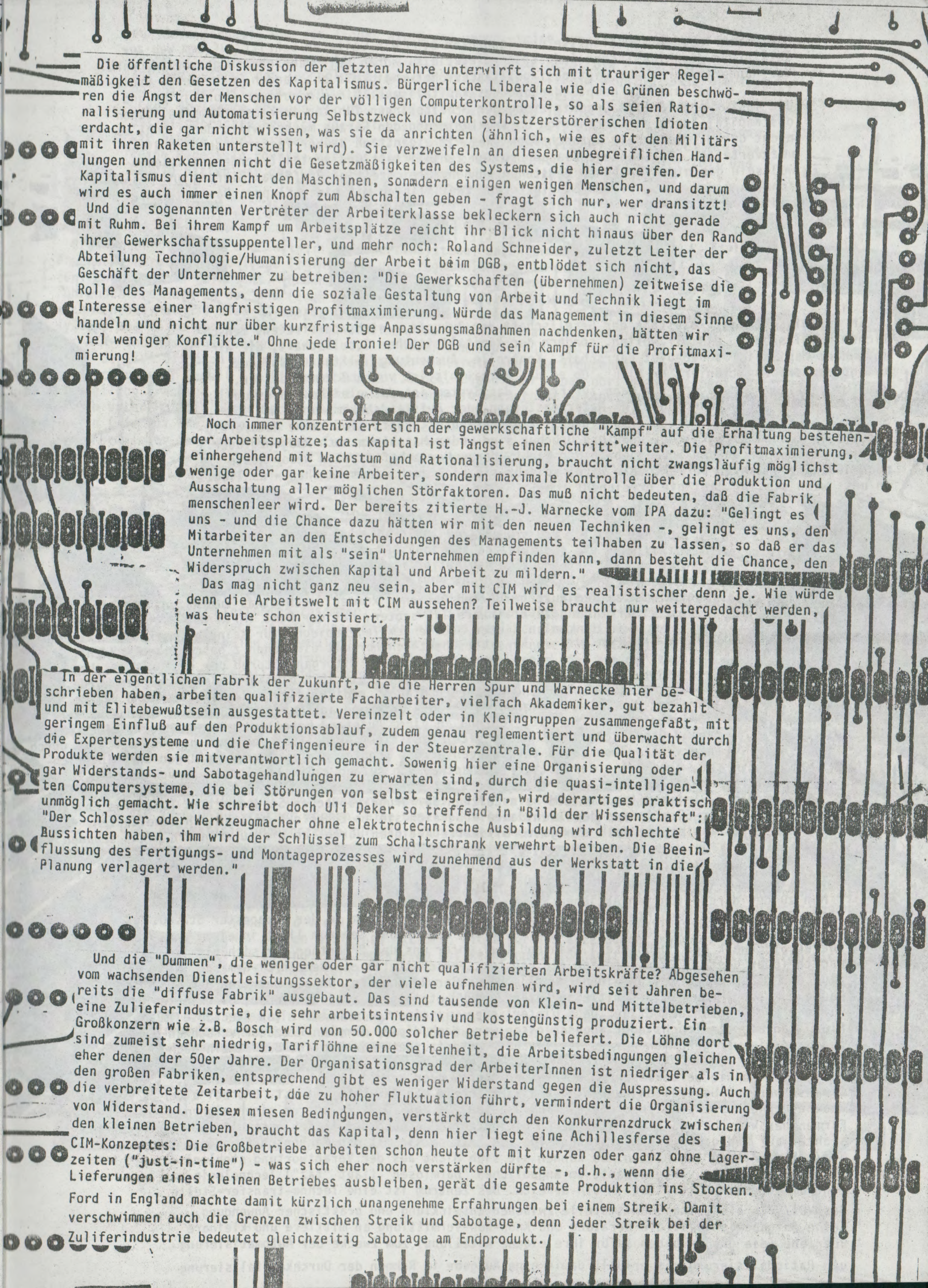
Die drei beschriebenen Hürden auf dem Weg zu CIM - die fehlenden Strukturen, der fehlende Standard, die nicht ausreichenden Computerleistungen - sind offensichtlich rein technischer Natur; es ist also nur eine Frage der Zeit, bis sie beseitigt sind (gerechnet wird mit ein paar Jahrzehnten).

Mit dem Abtragen der Hürden ist die Wissenschaft beauftragt: Unternehmensforschung (sog. F+E-Bereich für "Forschung und Entwicklung"), staatliche Großforschungseinrichtungen und natürlich die Universitäten. Die Verflechtung von Wirtschaft und Wissenschaft an den Unis nimmt sprunghaft zu. Überall entstehen sog. Stiftungsprofessuren (also von der Industrie mitfinanzierte Professoren-Stellen) und ganze "An-Institute" (von Unternehmen mitgetragene Institute, die sich später durch Forschungsaufträge von möglichst privater Seite selbst finanzieren sollen; in Berlin z.B. das FU-Weltraum-Institut). Schon vor Jahren sagte der mittlerweile von uns geschiedene K.H.Beckurts (Siemens): "Lehre und Forschung (der Universität) bemühen sich um eine engere Kopplung mit der industriellen Wirklichkeit. Dies allerdings auch vor dem Hintergrund, daß die Hochschule in einigen Innovationsbereichen die Gefahr erkannt hat, in ihrem Kenntnisstand möglicherweise von der Industrie überholt zu werden, nachdem sich das industrielle Entwicklungstempo deutlich erhöht hat."

Und ein weiterer Protagonist dieser Verbindungen, Gerhard Zeidler, Vorstandsmitglied bei SEL und höchst aktiv in Sachen Publicity, sagt: "Die Wissenschaft (...) muß wirtschaftsfreundlicher werden, ich meine sogar sagen zu dürfen: industriefreundlicher." und: "Die Wirtschaft muß wissenschaftsfreundlicher werden, vor allem in dem Sinne, daß die Wirtschaft nach außen hin transparenter wird (...)."

Im Klartext: Die Wirtschaft soll deutlicher sagen, was sie will, und die Wissenschaft soll es ihr verschaffen. Das ist die in Forscherkreisen unbeliebte Realität des Kapitalismus: Wertfreie Wissenschaft ist, zeitlich wie thematisch gesehen, kaum denkbar - geschweige denn Wissenschaft, die gegen den Kapitalismus steht. Forschung ist im Kapitalismus denselben Gesetzen unterworfen wie die Marktwirtschaft: Sie muß dem Kapital dienen und damit der Profitmaximierung, sonst ist sie überflüssig. Darüber können auch Lippenbekenntnisse von verschiedenen Seiten und ein paar Spielwiesen für Exoten nicht hinwegtäuschen; und was uns heute noch als wertfreie (Grundlagen-)Forschung erscheint, wird sich morgen oder übermorgen als Projekt weitsichtiger Manager erweisen oder zumindest von ihnen vereinnahmt werden. Die Frage "Wem nützt es?" zu stellen, heißt früher oder später - mittelbar oder unmittelbar - auf das Kapital zu stoßen. Die Befreiungsversuche der Unis in den frühen 70er Jahren haben das nicht verändern können und werden seit Jahren Stück für Stück zunichte gemacht.

Die Wirtschaft wartet auf CIM, die Wissenschaft forscht für CIM - und was tut die sogenannte kritische Öffentlichkeit?



Die öffentliche Diskussion der letzten Jahre unterwirft sich mit trauriger Regelmäßigkeit den Gesetzen des Kapitalismus. Bürgerliche Liberale wie die Grünen beschwören die Angst der Menschen vor der völligen Computerkontrolle, so als seien Rationalisierung und Automatisierung Selbstzweck und von selbstzerstörerischen Idioten erdacht, die gar nicht wissen, was sie da anrichten (ähnlich, wie es oft den Militärs mit ihren Raketen unterstellt wird). Sie verzweifeln an diesen unbegreiflichen Handlungen und erkennen nicht die Gesetzmäßigkeiten des Systems, die hier greifen. Der Kapitalismus dient nicht den Maschinen, sonndern einigen wenigen Menschen, und darum wird es auch immer einen Knopf zum Abschalten geben - fragt sich nur, wer dransitzt!
Und die sogenannten Vertreter der Arbeiterklasse bekleckern sich auch nicht gerade mit Ruhm. Bei ihrem Kampf um Arbeitsplätze reicht ihr Blick nicht hinaus über den Rand ihrer Gewerkschaftssuppenteller, und mehr noch: Roland Schneider, zuletzt Leiter der Abteilung Technologie/Humanisierung der Arbeit beim DGB, entblödet sich nicht, das Geschäft der Unternehmer zu betreiben: "Die Gewerkschaften (übernehmen) zeitweise die Rolle des Managements, denn die soziale Gestaltung von Arbeit und Technik liegt im Interesse einer langfristigen Profitmaximierung. Würde das Management in diesem Sinne handeln und nicht nur über kurzfristige Anpassungsmaßnahmen nachdenken, hätten wir viel weniger Konflikte." Ohne jede Ironie! Der DGB und sein Kampf für die Profitmaximierung!

Noch immer konzentriert sich der gewerkschaftliche "Kampf" auf die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze; das Kapital ist längst einen Schritt weiter. Die Profitmaximierung, einhergehend mit Wachstum und Rationalisierung, braucht nicht zwangsläufig möglichst wenige oder gar keine Arbeiter, sondern maximale Kontrolle über die Produktion und Ausschaltung aller möglichen Störfaktoren. Das muß nicht bedeuten, daß die Fabrik menschenleer wird. Der bereits zitierte H.-J. Warnecke vom IPA dazu: "Gelingt es uns - und die Chance dazu hätten wir mit den neuen Techniken -, gelingt es uns, den Mitarbeiter an den Entscheidungen des Managements teilhaben zu lassen, so daß er das Unternehmen mit als "sein" Unternehmen empfinden kann, dann besteht die Chance, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu mildern."
Das mag nicht ganz neu sein, aber mit CIM wird es realistischer denn je. Wie würde denn die Arbeitswelt mit CIM aussehen? Teilweise braucht nur weitergedacht werden, was heute schon existiert.

In der eigentlichen Fabrik der Zukunft, die die Herren Spur und Warnecke hier beschrieben haben, arbeiten qualifizierte Facharbeiter, vielfach Akademiker, gut bezahlt und mit Elitebewußtsein ausgestattet. Vereinzelt oder in Kleingruppen zusammengefaßt, mit geringem Einfluß auf den Produktionsablauf, zudem genau reglementiert und überwacht durch die Expertensysteme und die Chefingenieure in der Steuerzentrale. Für die Qualität der Produkte werden sie mitverantwortlich gemacht. Sowenig hier eine Organisierung oder gar Widerstands- und Sabotagehandlungen zu erwarten sind, durch die quasi-intelligenten Computersysteme, die bei Störungen von selbst eingreifen, wird derartiges praktisch unmöglich gemacht. Wie schreibt doch Uli Deker so treffend in "Bild der Wissenschaft": "Der Schlosser oder Werkzeugmacher ohne elektrotechnische Ausbildung wird schlechte Aussichten haben, ihm wird der Schlüssel zum Schaltschrank verwehrt bleiben. Die Beeinflussung des Fertigungs- und Montageprozesses wird zunehmend aus der Werkstatt in die Planung verlagert werden."

Und die "Dummen", die weniger oder gar nicht qualifizierten Arbeitskräfte? Abgesehen vom wachsenden Dienstleistungssektor, der viele aufnehmen wird, wird seit Jahren bereits die "diffuse Fabrik" ausgebaut. Das sind tausende von Klein- und Mittelbetrieben, eine Zulieferindustrie, die sehr arbeitsintensiv und kostengünstig produziert. Ein Großkonzern wie z.B. Bosch wird von 50.000 solcher Betriebe beliefert. Die Löhne dort sind zumeist sehr niedrig, Tariflöhne eine Seltenheit, die Arbeitsbedingungen gleichen eher denen der 50er Jahre. Der Organisationsgrad der ArbeiterInnen ist niedriger als in den großen Fabriken, entsprechend gibt es weniger Widerstand gegen die Auspressung. Auch die verbreitete Zeitarbeit, die zu hoher Fluktuation führt, vermindert die Organisierung von Widerstand. Diesen miesen Bedingungen, verstärkt durch den Konkurrenzdruck zwischen den kleinen Betrieben, braucht das Kapital, denn hier liegt eine Achillesferse des CIM-Konzeptes: Die Großbetriebe arbeiten schon heute oft mit kurzen oder ganz ohne Lagerzeiten ("just-in-time") - was sich eher noch verstärken dürfte -, d.h., wenn die Lieferungen eines kleinen Betriebes ausbleiben, gerät die gesamte Produktion ins Stocken. Ford in England machte damit kürzlich unangenehme Erfahrungen bei einem Streik. Damit verschwimmen auch die Grenzen zwischen Streik und Sabotage, denn jeder Streik bei der Zuliferindustrie bedeutet gleichzeitig Sabotage am Endprodukt.

Die beschriebenen Verhältnisse und Tendenzen sind ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Zerstörung des klassischen Industrieproletariats, woran seit Jahrzehnten gearbeitet wird. Vor hundert Jahren aus wirtschaftpolitischer Notwendigkeit entstanden, war dieses Proletariat lange Zeit die Hauptbedrohung des Kapitalismus. Die eindeutigen Frontlinien und die fast zwangsläufige Organisierung der ArbeiterInnen führten zu Klassenkämpfen, denen das Kapital durch die derzeitige Umstrukturierung den Garaus machen will; dabei geht es nicht darum, die Arbeit abzuschaffen (was wir eigentlich sauber fänden), sondern diese umzuverteilen. Entstandene Klassen sollen zersplittert und verteilt werden, Klassenbewußtsein gar nicht erst neu entstehen können. Gleichzeitige Profitmaximierung und Ausschaltung der menschlichen Störfaktoren, zwei Fliegen mit einer Klappe: Das ist CIM, und deswegen bekämpfen wir CIM!

CIM ist ein wichtiger Baustein der Gesellschaft der Zukunft - nicht der freien, menschlichen Gesellschaft, die wir wollen, sondern der kapitalistischen Gesellschaft, die wir ablehnen. Kapitalismus bedeutet Herrschaft, Kontrolle, Ausbeutung, Eliten, Rassismus, Krieg - anders funktioniert er nicht. Ob es das Verhältnis ist vom Boß zum Arbeiter, vom Europäer zum Afrikaner, vom Mann zur Frau - das System ist das gleiche. Ob es um CIM geht oder um Gentechnologie, um Naturzerstörung oder Aufstandsbekämpfung, um Sexismus oder Krieg: All diese Erscheinungsformen der Gesellschaft sind keine Naturereignisse oder Zwangsläufigkeiten, und ihre Urheber sind weder Maschinen noch Reagenzgläser. Es sind die Männer an den Schalthebeln der Macht, deren Herrschaftssystem weder heute noch in zwanzig Jahren perfekt sein wird, so sehr sie sich auch darum bemühen - es liegt an uns, wenn sie ihr Ziel nie erreichen!

Bevor wir zu den durchgeführten Aktionen kommen, noch etwas zum Namen. Wie wir bereits in unserer Erklärung zu Brainware/TVA sagten, hat der Name TM/Thomas Müntzer zwei Bedeutungen (wir danken an dieser Stelle dem Tagesspiegel für seine aufmerksame Lektüre; der Name Müntzer war von uns versehentlich nur mit einfachen z geschrieben worden):

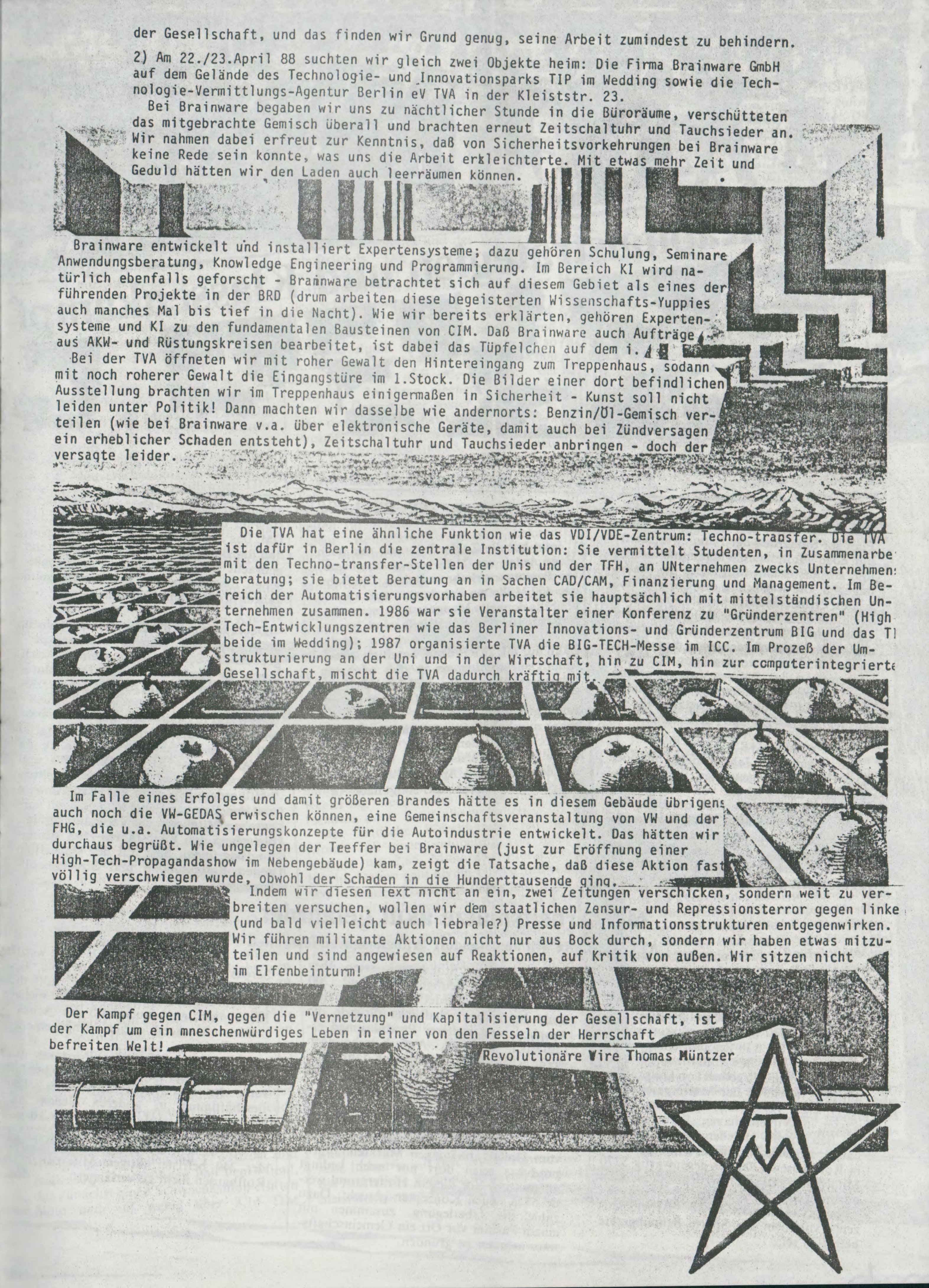
Thomas Müntzer war einer der entscheidenden Mitorganisatoren der ersten deutschen Revolution, den sogenannten "Bauernkriegen", die 1525 blutig niedergeschlagen wurde. Anfänglich ein Pfarrer und Anhänger LUthers, radikalisierte Müntzer sich und reiste jahrelang durch Deutschland, wo er aufklärte und agitierte. 1525 war er in Mühlhausen/Thüringen (seiner Heimat) führend an einem Aufstand beteiligt, dessen Modell einer freien Gesellschaft bis heute nicht von seiner Aktualität verloren hat und der erst durch Intervention von außen zerschlagen werden konnte. Müntzer wurde gefangen und hingerichtet, ohne unter der Folter irgendetwas von seinen radikalen Thesen zurückgenommen zu haben.

Gleichzeitig war "TM" ein Zeichen der Uruguayanischen Stadtguerilla Tupamaros Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre. Obgleich sie im Endeffekt militärisch scheiterten, führten sie doch einige vorbildhafte Aktionen durch, an die zu erinnern nicht schaden kann.

Nun zu den durchgeführten Aktionen:

1) Am 4./5.März 88 besuchten wir das VDI/VDE-Technologiezentrum in der Budapester Str.40. Zu diesem Zweck kletterten wir an einem Baugerüst empor (das Zentrum liegt in einem oberen Stockwerk des Hochhauses), während tief unter uns der Pförtner vor sich hin wachte (oder döste?). Wir öffneten ein Fenster, verschütteten ein Benzin/Öl-Gemisch im Flur der Etage und brachten einen Feuerlöscher außer Reichweite. Um ein Betreten der Räume vor der Zündung und somit eine Gefährdung Unbeteiligter auszuschließen, blockierten wir die Eingangstür der Etage. Dann hinterließen wir eine Zeitschaltuhr (an Steckdose im Flur), an die ein Tauchsieder angeschlossen war. Nach dieser simplen Prozedur verschwanden wir, wie wir gekommen waren. Der Tauchsieder entzündete wie geplant das Benzin nach kurzer Zeit.

Wer sich an die Werbekampagnen des VDI erinnert, oder wer die VDI-Nachrichten liest, wird schwerlich bestreiten können, daß dieser Verein ein AKW-Lobbyist ist. Und bei aller Bescheidenheit sicher keiner der einflußlosesten. Da das VDI/VDE-Zentrum einen eignen Firmencharakter hat (als GmbH), setzten die Betroffenen nach der Aktion erstaunte Gesichter auf und gaben sich verständnislos, so, als ob sie mit den Machenschaften des VDI/VDE nichts zu tun hätten. So können sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen! Aber das eigentlich Interessante am angeblichen "harmlosen" (laut "taz") Technologiezentrum ist seine Aktivität im CIM-Bereich. Das Zentrum ist eine Techno-transfer-Stelle des VDI/VDE, also eine Schnittstelle zwischen Entwicklung und praktischer Anwendung. Seine Aufgabe ist u.a. die Beratung und Know-how-Vermittlung an mittlere und kleinere Betriebe (die großen haben dafür ihre eigene Abteilung) zum Zwecke der Automatisierung und Rationalisierung. Es erfüllt damit eine Aufgabe im Rahmen der Durchkapitalisierung



der Gesellschaft, und das finden wir Grund genug, seine Arbeit zumindest zu behindern.

2) Am 22./23.April 88 suchten wir gleich zwei Objekte heim: Die Firma Brainware GmbH auf dem Gelände des Technologie- und Innovationsparks TIP im Wedding sowie die Technologie-Vermittlungs-Agentur Berlin eV TVA in der Kleiststr. 23.

Bei Brainware begaben wir uns zu nächtlicher Stunde in die Büroräume, verschütteten das mitgebrachte Gemisch überall und brachten erneut Zeitschaltuhr und Tauchsieder an. Wir nahmen dabei erfreut zur Kenntnis, daß von Sicherheitsvorkehrungen bei Brainware keine Rede sein konnte, was uns die Arbeit erkleichterte. Mit etwas mehr Zeit und Geduld hätten wir den Laden auch leerräumen können.

Brainware entwickelt und installiert Expertensysteme; dazu gehören Schulung, Seminare Anwendungsberatung, Knowledge Engineering und Programmierung. Im Bereich KI wird natürlich ebenfalls geforscht - Brainware betrachtet sich auf diesem Gebiet als eines der führenden Projekte in der BRD (drum arbeiten diese begeisterten Wissenschafts-Yuppies auch manches Mal bis tief in die Nacht). Wie wir bereits erklärten, gehören Expertensysteme und KI zu den fundamentalen Bausteinen von CIM. Daß Brainware auch Aufträge aus AKW- und Rüstungskreisen bearbeitet, ist dabei das Tüpfelchen auf dem i.

Bei der TVA öffneten wir mit roher Gewalt den Hintereingang zum Treppenhaus, sodann mit noch roherer Gewalt die Eingangstüre im 1.Stock. Die Bilder einer dort befindlichen Ausstellung brachten wir im Treppenhaus einigermaßen in Sicherheit - Kunst soll nicht leiden unter Politik! Dann machten wir dasselbe wie andernorts: Benzin/Öl-Gemisch verteilen (wie bei Brainware v.a. über elektronische Geräte, damit auch bei Zündversagen ein erheblicher Schaden entsteht), Zeitschaltuhr und Tauchsieder anbringen - doch der versagte leider.

Die TVA hat eine ähnliche Funktion wie das VDI/VDE-Zentrum: Techno-transfer. Die TVA ist dafür in Berlin die zentrale Institution: Sie vermittelt Studenten, in Zusammenarbe[it] mit den Techno-transfer-Stellen der Unis und der TFH, an UNternehmen zwecks Unternehmen[s]beratung; sie bietet Beratung an in Sachen CAD/CAM, Finanzierung und Management. Im Bereich der Automatisierungsvorhaben arbeitet sie hauptsächlich mit mittelständischen Unternehmen zusammen. 1986 war sie Veranstalter einer Konferenz zu "Gründerzentren" (High Tech-Entwicklungszentren wie das Berliner Innovations- und Gründerzentrum BIG und das TI[P] beide im Wedding); 1987 organisierte TVA die BIG-TECH-Messe im ICC. Im Prozeß der Umstrukturierung an der Uni und in der Wirtschaft, hin zu CIM, hin zur computerintegrierte[n] Gesellschaft, mischt die TVA dadurch kräftig mit.

Im Falle eines Erfolges und damit größeren Brandes hätte es in diesem Gebäude übrigens auch noch die VW-GEDAS erwischen können, eine Gemeinschaftsveranstaltung von VW und der FHG, die u.a. Automatisierungskonzepte für die Autoindustrie entwickelt. Das hätten wir durchaus begrüßt. Wie ungelegen der Teeffer bei Brainware (just zur Eröffnung einer High-Tech-Propagandashow im Nebengebäude) kam, zeigt die Tatsache, daß diese Aktion fast völlig verschwiegen wurde, obwohl der Schaden in die Hunderttausende ging.

Indem wir diesen Text nicht an ein, zwei Zeitungen verschicken, sondern weit zu verbreiten versuchen, wollen wir dem staatlichen Zensur- und Repressionsterror gegen linke (und bald vielleicht auch liebrale?) Presse und Informationsstrukturen entgegenwirken. Wir führen militante Aktionen nicht nur aus Bock durch, sondern wir haben etwas mitzuteilen und sind angewiesen auf Reaktionen, auf Kritik von außen. Wir sitzen nicht im Elfenbeinturm!

Der Kampf gegen CIM, gegen die "Vernetzung" und Kapitalisierung der Gesellschaft, ist der Kampf um ein mneschenwürdiges Leben in einer von den Fesseln der Herrschaft befreiten Welt!

Revolutionäre Wire Thomas Müntzer



Kapitalstrategien und Klassenkampf

ITALIENISCHE REGIERUNG WILL 44 000 EISENBAHNARBEITER ENTLASSEN

Der Verwaltungsrat der italienischen Staatsbahn FFSS hat den Fünf-Jahres-Plan zur Sanierung der Bahn zwar bewilligt, doch stimmten alle kommunistischen und sozialistischen Mitglieder des Rates dagegen. Die Regierung des Christdemokraten Ciriaco de Mita hat als eines ihrer Ziele die Sanierung der Bahn auf ihrem Programm. Allerdings weiß der Schatzminister derzeit noch nicht, wie dieses Programm finanziert werden kann. Nach Berechnungen der Bahnverwaltung wären umgerechnet 72 Milliarden DM Finanzmittel nötig, um die Voraussetzung für ein ausgeglichenes Ergebnis zu schaffen.

Niedrige Tarife

Im vergangenen Jahr entfielen nur noch 21,3 Prozent der gesamten Bahneinnahmen auf den Verkauf von Verkehrsleistungen. Vom Staat erhielt die Bahn 22,5 Milliarden DM Zuschuß, das waren 72,7 Prozent der Gesamteinnahmen. Im Jahre 1972 wurden noch 63,5 Prozent der gesamten Einnahmen durch den Absatz von Verkehrsleistungen gedeckt.

Jetzt hat die Zugbeförderung nur noch einen Anteil von 11,2 Prozent am gesamten Personenverkehr in Italien. Die Bahn gab 450 Millionen Fahrkarten aus, könnte aber die doppelte Menge von Personen befördern. Italiens Bahntarife sind besonders niedrig. Am Güterverkehr ist die Bahn nur mit 10,9 Prozent beteiligt. Dieser Anteil soll wenigstens in den nächsten Jahren erhöht werden, während sich die Bahn vorläufig keine Hoffnungen macht, einen größeren Anteil des Personenverkehrs zu erhalten. Sie will statt dessen das Angebot auf den wenig lukrativen Schnell- und Fernstrecken verbessern und den gesamten Apparat in Ordnung bringen. Der Finanzbedarf steigt nach Angaben der Bahnverwaltung für das nächste Jahr um 54 Prozent auf 27 Milliarden DM. Das Investitionsprogramm sieht vor, daß die Bahn auf den technischen Stand gebracht wird, wie ihn andere europäischen Eisenbahnen in den letzten zehn Jahren erreicht haben.

Dabei fürchten die Eisenbahner jedoch, daß ihnen das Haushaltskürzungsprogramm des Schatzministers einen Strich durch die Rechnung macht. Die Staatskasse ist leer. Es geht derzeit um die Bestellung von 100 Lokomotiven, 1000 Güterwagen und 70 Personenwagen im Gesamtwert von 1,6 Milliarden DM. Das Material soll von den Staatsunternehmen Breda und Ansaldo, der IRI-Gruppe, von Fiat und Tecnomasio geliefert werden. Weitere 7 Milliarden DM sind für Experimente und den Bau von Superschnellzügen vorgesehen. Mitglieder des Verwaltungsrates, die gegen den Fünf-Jahres-Plan stimmten, begründen dies mit der Opposition gegen Entlassungen und Streckenstilllegungen.

600 Arbeitsplätze akut gefährdet

AEG Olympia will am Standort Wilhelmshaven festhalten

AEG Olympia AG, Wilhelmshaven. Das Stammwerk Roffhausen in Wilhelmshaven werde unbeschadet notwendiger Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen auch in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil des Unternehmens bleiben. Dies sei das Ergebnis von Gesprächen mit dem Vorstand der Muttergesellschaft AEG, sagte Vorstandsmitglied Uwe Stohwasser in Wilhelmshaven. Befürchtungen des Betriebsrats und der Stadt Wilhelmshaven, wonach bis Ende nächsten Jahres in Roffhausen 1200 der gegenwärtig 3770 Mitarbeiter entlassen werden sollten, seien unzutreffend. Zunächst gehe es um den Abbau von „maximal 600 Arbeitsplätzen", von dem die Sparte Schreibgeräte betroffen sei.

Allerdings, so Stohwasser, seien über 1989 hinaus aus heutiger Sicht rund 1200 Arbeitsplätze gefährdet. Dies gelte dann, wenn betriebswirtschaftliche Gründe die Ausgliederung weiterer Produktionen erforderlich machten. Auf Kündigungen werde AEG Olympia aber auch dann nach Möglichkeit verzichten. Statt dessen soll versucht werden, Aufhebungsverträge abzuschließen. Ein wesentlicher Grund für alle in diese Richtung zielenden Überlegungen seien die Schwierigkeiten in den vom Dollar abhängigen Märkten. Eigenprodukte seien dort nur noch bedingt abzusetzen. Vor diesem Hintergrund werde nach neuen Konzepten gesucht. Dazu zähle die Überlegung, zusammen mit einem Partner vor Ort ein Gemeinschaftsunternehmen zu gründen. Darüber werde bereits verhandelt. AEG Olympia beschränke sich aber nicht nur auf die Fortführung der Produktion traditioneller Erzeugnisse; auch außerhalb des „schreibenden Marktes" seien Engagements denkbar.

Derzeit verhandelt der Vorstand mit dem Betriebsrat über die soziale Absicherung der betroffenen Mitarbeiter. Die Beschäftigung in anderen Teilen des Unternehmens wird dabei offenbar ausgeschlossen. Nach Angaben von Stohwasser ist vorgesehen, die Zeitverträge von 100 der 240 befristet tätigen Mitarbeiter in Roffhausen nicht zu verlängern. dos.

EUROPA

Stagnation in Europas Norden

1989 wird für die Länder der OECD ein Durchschnittswachstum von 2,3, für Nordeuropa aber nur 1,3 Prozent erwartet. Die sinkende Nachfrage in Schweden läßt das Bruttosozialprodukt des laufenden Jahres um zwei, im kommenden Jahr um 0,8 Prozent ansteigen. Ähnlich verläuft die Industrieproduktion. Sie legt 1988 um zwei, im kommenden Jahr um 0,5 Prozent zu. Der am 18. September zu wählende neue Reichstag dürfte eine Reihe von Maßnahmen beschließen, um die Zahlungsbilanz zu verbessern. Die Industrieinvestitionen, 1988 um sieben Prozent gestiegen, nehmen im kommenden Jahr um fünf Prozent ab.

Osthandel schlägt durch

Der finnische Privatkonsum bleibt im kommenden Jahr mit 2,5 (3) Prozent nahezu unverändert. Das Ausfuhrvolumen, im Jahr 1988 um 3,5 Prozent höher als im Vorjahr, wächst 1989 nur noch um 1,5 Prozent. Dies hängt in erster Linie mit dem Ungleichgewicht im Osthandel zusammen. Ungeachtet eines erhöhten Westexports konnte dieser den Ausfall nicht wettmachen. Bis zum Jahresende dürfte die Inflationsrate bei fünf, die Arbeitslosigkeit bei 5,4 Prozent liegen.

Preiseinbrüche der Ölausfuhren zwangen Norwegen zu einem verlangsamten Wachstum des Konsums. Die Industrieproduktion wuchs in diesem Jahr um 0,5 Prozent und wird 1989 keine Steigerung aufweisen. Die Industrieinvestitionen fallen abermals um 20 Prozent im kommenden Jahr. Ohne Ölförderung und Schiffe soll das Bruttosozialprodukt 1989 um 0,3 Prozent zunehmen, in diesem Jahr sank es bisher um 1,4 Prozent.

Rote Zahlen prägt das dänische Geschehen. Der private und öffentliche Konsum, der 1988 um zwei Prozent abnahm, geht 1989 um ein weiteres Prozent zurück. Das Bruttosozialprodukt weist wie das norwegische ein hauchdünnes Wachstum um 0,3 Prozent auf, die Arbeitslosigkeit bleibt

mit 9,3 Prozent die höchste Nordeuropas, und Dänemark bleibt mit Auslandsschulden von 40 Prozent des Bruttosozialprodukts das am höchsten verschuldete Land der OECD. Eine erhöhte Produktivität und eine Konsumdrosselung sind als Voraussetzungen verbesserter Wettbewerbsfähigkeit unerläßlich.

Verminderte Fischfänge, rückläufige Erlöse für Fischereiprodukte und spürbare Inflationsraten haben die seit vier Jahren ununterbrochene Aufwärtsentwicklung Islands in eine Rezession verwandelt. Sie folgt allerdings auf eine Konsumexplosion, die im vergangenen Jahr nicht weniger als 14 Prozent zulegte und im laufenden Jahr noch überdurchschnittlich hoch ist.

Österreich muß noch weiter sparen

Österreichs Finanzminister Ferdinand Lacina hat auf dem Weg zur Budgetkonsolidierung im vergangenen Jahr nur einen halben Etappensieg erreicht. Das Tempo der Neuverschuldung konnte zwar zurückgenommen werden, wie aus dem Bericht des Finanzschulden-Ausschusses hervorgeht: Sie betrug 13,1 nach 17 Prozent (1986). Insgesamt aber betragen die Schulden des Bundes inzwischen 697,5 Milliarden Schilling oder knapp 100 Milliarden DM. Das entspricht knapp 47 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts.

Im laufenden Jahr will der Finanzminister die Neuverschuldung auf rund 65 Milliarden Schilling (9,3 Milliarden DM) oder 4,2 Prozent des – wieder schneller wachsenden – Bruttoinlandsprodukts drosseln. 1987 war es ihm gelungen, das Defizit unter dem budgetierten Abgang zu halten (69 gegenüber 74,4 Milliarden Schilling).

Diese Berechnungen sind allerdings alle geschönt durch die „Flucht aus dem Budget", die Ausgliederung von Kreditaufnahmen in Sonderfinanzierungsgesellschaften des Bundes und des Wasserwirtschaftsfonds. Die Republik Österreich hatte Ende 1987 zusätzliche langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 58 Milliarden Schilling oder 8,3 Milliarden DM.

Rechnet man die Kredite von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen und teilt sie durch die Einwohnerzahl, so entfallen gut 100 000 Schilling oder 14 000 DM Schulden auf jeden Bürger der Republik. In ihren eigenen Haushalten sind die Österreicher weiter sehr bescheiden: die Sparquote betrug 1987 knapp 13 Prozent. Vom Zuwachs beim frei verfügbaren Einkommen (plus 5,5 Prozent) geht nur ein Teil in den Konsum, eine Entwicklung, die seit drei Jahren anhält. Seitdem Arbeitslosigkeit kein Fremdwort mehr ist und die Finanzierungsschwierigkeiten für Kranken- und Altersvorsorge jedem Boulevardzeitungsleser bekannt sind, wird mehr gespart, als den Banken lieb ist. 1987 hätten die Österreicher 950 Milliarden Schilling oder 138 Milliarden DM für den Konsum zur Verfügung gehabt. Ausgegeben haben sie nur 119 Milliarden DM.

Zinserhöhung in London nach Rekord-Defizit

Wie ein Schock hat in der Londoner City die Nachricht eingeschlagen, daß Englands auswärtige Leistungsbilanz im Juli mit einem Defizit von 2,15 Milliarden Pfund, etwa 6,7 Milliarden DM, abgeschlossen hat. Es ist das schlechteste Ergebnis eines Monats in der Geschichte dieser Statistik und hat die Befürchtungen noch bei weitem übertroffen. Unmittelbar nach Bekanntwerden fielen die Aktienkurse um etwa zwei Prozent.

Das Finanzministerium hat die Gemüter mit dem Bemerken zu beruhigen versucht: „Das Ergebnis eines einzigen Monats besagt nicht viel. Die bisherigen Zinserhöhungen werden demnächst zu kleineren Fehlbeträgen führen." Dennoch hat die Bank von England ihre maßgeblichen Geldmarktsätze um einen weiteren vollen Prozentpunkt auf 12 Prozent erhöht. Die großen Geschäftsbanken sind ihr sogleich gefolgt und haben ihren Basissatz für Kredite ebenfalls um einen Punkt auf 12 Prozent erhöht. Laufende Kredite für erstrangige Unternehmen stellen sich damit auf etwa 13 Prozent, für weniger gute Kunden auf 17 Prozent und mehr. Die Zinserhöhung half dem Pfund, das zunächst einen Schwächeanfall erlitten hatte und auf wenig über 3,14 DM zurückgefallen war, am Nachmittag auf einen Kurs von etwa 3,1650 zurück. Finanzminister Lawson hat im Rundfunk erklärt, der amtliche Zins werde nun wohl einige Zeit bei 12 Prozent bleiben. Die Regierung werde alles Nötige tun, die Inflation unter Kontrolle zu halten.

Der britische Warenhandel hat im Monat Juli einen Fehlbetrag von nicht weniger als 2,65 Milliarden Pfund erbracht. Davon geht ab ein Überschuß von 500 Millionen Pfund aus Dienstleistungen und Kapitalerträgen. Die britischen Exporte haben sich in den vergangenen Monaten nicht schlecht entwickelt. Im Berichtsmonat allerdings hat die Brandkatastrophe auf der Ölplattform Piper Alpha zu einem empfindlich kleineren Überschuß aus dem Ölhandel geführt. Die Waren-Importe hingegen sind um ein Achtel höher gewesen als im Juni. Sie erklären sich mit der überaus lebhaften Binnenkonjunktur. Zu der seit langem bedenklich hohen Nachfrage nach Konsumgütern hat sich in der letzten Zeit auch ein höherer Bedarf an Investitionsgütern gesellt, da die britische Wirtschaft derzeit großzügiger investiert als seit vielen Jahren. Daran knüpfen sich Hoffnungen, daß die britische Industrie mit den neuen Kapazitäten die zusätzliche Verbrauchernachfrage wird meistern können.

WAS DER MARKT VERLANGT...

Es gibt doch immer wieder Meldungen, die legen auch abgebrühte NachrichtenverwurschterInnen, die wir mittlerweile sind, aufs Kreuz: Zum beispiel diese hier* von der Frankfurter Herbstmesse, die den globalen Deal mit den original handicrafts von"exotischen Naturvölkchen"beschreibt. Zum Beispiel die reizende Korbtasche, garantiert handgemacht, garantiert Naturfarben, die so sehr an den letzten Urlaub in Kenia erinnert, kommt in Wirklichkeit von den Philippinen, nicht weniger handgemacht, als mies bezahlte Zusatzarbeit dem Menschen, vor allem Frauen auf dem Land abgepreßt. Wir geben das Messe-Feature ungekürzt und unverändert wieder. Es spricht für sich.

Etwa 10 Millionen Dollar brachten die fernöstlichen Exportgeschäfte mit deutschem Brauchtum im vergangenen Jahr ein. Indische Ausstaller kimmen westlichem Beschmack mit venezianischen Wandschmuckmasken uns geometrisch gestylten Modeschmuck entgegen . "Der Markt ist immer schnellebiger und immer weniger Aufnahmebereit für traditionelle Waren" sagt ein Angestellter der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) für Gebrauchsgüter zuständig ist.

Im Andendorf San Antonio de Ibarra haben Inios einen Tiroler Wurzelsepp geschnitzt. Nach 14stündigen Flug steht die Holzfigur in einem Regal des Ecuador-Standes auf der am Wochenende eröffneten Frankfurter Herbstmesse und wartet auf interessierte Händler. Alpenländische Kuntst aus den Anden? "Ihr Handwerk ist traditionell, aber die Produkte sind auf den europäischen Geschmack ausgerichtet", erklärt die Direktorin der deutsch-ecuadorianischen Industrie und Handelskammer. Wie der erstmals in Frankfurt ausstellenden Kooperative San Antonio geht es vierlen Handwersbetrieben in Entwicklungsländern: da Exotisches in der BRD nicht mehr gefragt ist, orientieren sich die Hersteller von Konsumgütern im Trikont an dern Kaufwünschen in dem Metropolen.

Entscheidend sei, sagt der Entwicklungsfachmann, inwiefern die Produzenten in den Trikontländern in der Lage seien, rechtzeitig die neuesten Markttendenzen zu aerkennen. So müßten beispielaweise Wandteppiche trendfarben haben. "Nur Braun und Beige, das geht nicht mehr." Neben der Beratung durch die GTZ und bilaterale Handelskammern informieren sich die Hersteller aus dem Trikont auch auf der Frankfurter Messe über Modetrends in den reichen Ländern.

In Halle 2 auf dem Frankfurter Messegelände schlägt der Weltmarkt noch manche andere Kapriolen. Da werden Weihnachtspyramiden und Ostereier aus Holz von einer Staatshandelsfirma aus Peking feilgeboten - vor aleem für den amerikanischem Markt.

Die GTZ unterstützt Equador und zehn weitere Entwicklungsländer bei der Anbahnung von Geschäften auf der Frankfurter Messe. Als wichtigste Voraussetzung für Exporterfolge nennt Kocks "die Synthese von ausgewählten typischen Naturmaterialien, tradierten handwerklichen Fähigkeiten und **unseren** Designvorstellungen". Wenn die traditionellen Produktionsweisen erhalten blieben, sei eine "Massenfertigung auf Kopierebene" wie in Taiwan oder Hongkong nahezu ausgeschlossen.

Bisher macht die Ausfuhr von Konsum gütern in Ecuador ebenso wie in anderen Entwicklungsländern vur einen geringen Bruchteil de gesamten Exporte aus. Ob die von den Regierungen in der Dritten Welt bislang eher vernachlässigte leichtindustrie jemals eine annähernd ebenso große Bedeutung für den Außenhandel von Entwicklungsländern haben wird wie die Rohstoffe, hängt nach Ansicht von Kocks vor allem von weiteren Entwicklung des Welthandels ab.

Neben der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Exportförderung - für Kocks "eine der realistischen Möglichkeiten mit der Schuldenkrise fertig zuwerden" - hat die Konsumgüterindustrie in Lateinamerika oder Afrika auch eine wichtige soziale Funktion. "Von unserer Beratung hängen sehr viele Existenzen ab", sagt Kocks. Mit der Förderung des vielfach noch in Familienbetrieben organisierten handwerks könnten Arbeitsplätze im ländlichen Bereich erhalten bleiben, was der Stadtflucht mit ihren schwerwiegenden sozialen Problemen vorbeuge.

Das Geschäft mit Kunsthandwerk lohnt sich offensichtlich mitunter so sehr, daß manche Entwicklungsländer ihre umsatzträchtigsten Erzeugnisse untereinander kopieren. So hat nach Angaben Heinzens (der Importeur) ein philippinischer Hersteller von ihm vertriebene Korbtaschen aus Kenia nachgemacht. "Die werden gleich zwei Stände weiter mit dem Etikett "made in Kenia" ausgestellt. Das ist offensichtlich Betrug, aber es lohnt sich nicht, dagegen etwas zu unternehmen", sagt der Händler. Bei Produkten aus Entwicklungsländern gebe es so gut wie keinen Schutz gegen Plagiate. Da das Exportgeschäft höhere Produktionszahlen erfordert, als es die traditionell organisierten Kleinbetriebe eigentlich leisten können, ist der Trend zu einer globalen Taiwanisierung allen hehren Zielen zum Trotz wohl unaufhaltsam. Einige Hersteller bemühen sich bereits um konkrete "Designaufträge" von Partnern aus Industrieländern, anstattvon sich aus den internationalen Geschmack zu kopieren.

Wohlstad kennen aber gleichwohl nur wenige mit der Ausfuhr ihrer Produkte erwerben. In einem der ärmsten Länder der Wet, Burkina Faso - das ehemalige Obervolta - bekommen die Herstellerinnen von bunten Korbtaschen allenfalls 20% des preises, den die Käufer in der BRD dafür bezahlen. "Für jede Tasche gibt es acht bis neun Mark", erläutert irgendso ein Entwicklungsheini, "Dann wird in Wagadugu noch ein Ledergriff für eine Mark angebracht. Die Luftfracht kostet drei Mark und die Ausfuhrsteuer 50 Pfennig. Ich verkaufe die Taschen dann für 19,90 Mark (ach, doch kein Entwicklungsheini sondern ein Importeur) und in den Handel kommen sie für 38 bis 43 Mark."

Frau Salazar gesteht ein, daß die Exportförderung im Hinblick auf die kulturelle Identität Ecuadors "ein zweischneidiges Schwert" ist. Man sollte die eigenständige Kultur zwar nicht vernachlässigen, "aber beim Export muß ich die doch dahingehend beraten, was der Markt verlangt."

AUTOINDUSTRIE

Volkswagen Südafrika ist der größte private Arbeitgeber

Volkswagen of South Africa Ltd., Uitenhage. Gemessen an der Steigerung des Marktanteils und am Verkauf ist die südafrikanische Volkswagen-Tochtergesellschaft, eines der größten multinationalen Unternehmen des Landes und größter privater Arbeitgeber im politisch unruhigen Ostkap, ein „Juwel in der Krone" Wolfsburgs. Die Verkäufe stiegen im vergangenen Jahr um 31 Prozent, mehr als bei jeder anderen VW-Tochtergesellschaft. Das erkennt der Vorstandsvorsitzende Dr. Carl Hahn an. Er kenne, sagte er bei der Eröffnung eines Volkswagen-Museums in Uitenhage, der Produktionsstätte bei Port Elizabeth, keinen anderen Autoproduzenten der Welt, der während einer Wirtschaftskrise und in starkem Wettbewerb seinen Marktanteil innerhalb von drei Jahren verdoppelt habe.

Mit dem Marktanteil von heute 21 Prozent erreicht Volkswagen indes nur den Stand, den es vor neun Jahren schon einmal besaß. Der starke Rückgang Anfang der achtziger Jahre war eine Folge von Selbstgefälligkeit und des Versuchs, so viel wie möglich zu verkaufen; so gab es Kompromisse bei der Qualität. Firmenchef Peter Searle gibt Fehler aus seiner Anfangszeit vor einem Jahrzehnt freimütig zu. Den Umschwung versucht er mit einer neuen Firmenphilosophie zu begründen. Früher habe bei VW das Produkt im Mittelpunkt gestanden, heute sei es der Kunde. Searle ist derzeit einziger Nicht-Deutscher an der Spitze einer der „großen" deutschen Südafrika-Töchter.

Weniger nach außen gewandt ist Volkswagen bei Zahlenangaben zum Unternehmen. Weder Umsatz noch Gewinn werden veröffentlicht. Der Umsatz läßt sich auf knapp 700 Millionen DM schätzen. Nach drei Verlustjahren gibt es seit dem Vorjahr – gestärkt durch einen breiten Aufschwung in der Autoindustrie am Kap – wieder Gewinne, die die Verluste aufgefangen haben. Mehr als eine Million Volkswagen haben die Werkshallen verlassen seit dem ersten Kap-Käfer 1951. 7500 Menschen arbeiten in der Produktion bei Volkswagen in Uitenhage, ein Viertel mehr als vor 18 Monaten. Mit Familienangehörigen, Zulieferern und Händlern dürften um die 100 000 Menschen von Volkswagen Südafrika leben.

In den Fabrikhallen fällt auf, daß die Produktion weniger automatisiert ist als in vergleichbaren Unternehmen in Japan oder der Bundesrepublik: Noch sind die Arbeitskosten niedriger – der Mindeststundenlohn liegt bei knapp vier Mark –, und man will die Arbeitsplätze in einer Gegend mit traditionell hoher Arbeitslosigkeit nicht unnötig abbauen. Weitere tausend Arbeiter dürfte es geben, wenn in den neunziger Jahren bei neuen Golf- und Jetta-Modellen der Anteil der örtlich produzierten Teile weiter steigt. 29 Modelle von VW und sieben von Audi werden in der Kleinstadt 30 Kilometer vom Indischen Ozean entfernt hergestellt. Uitenhage ist die einzige Produktionsstätte für Audi 500 (entsprechend den deutschen Audi 100 und 200) außerhalb der Bundesrepublik, vor Jahresende kommt das Flaggschiff Audi Turbo hinzu. Die Regierung hat, unter dem Druck von Zahlungsbilanzschwierigkeiten, neue Regeln beschlossen, die eingeführte Autoteile weiter verteuert. Schon vorher hatte Volkswagen of South Africa den Bau einer Werkzeugmaschinenanlage mit Kosten von 30 Millionen DM bekanntgegeben (finanziert aus örtlichen Quellen), die seine Rolle als von Außenlieferungen unabhängigsten Motorproduzenten Südafrikas stärkt.

VW will neue Rekord-Runde drehen

Fast 2,9 Millionen Autos sollen 1988 verkauft werden

Mit einem neuen Rekord rechnet der Volkswagen-Konzern, Wolfsburg in diesem Jahr bei Absatz und Produktion mit annähernd 2,9 Millionen Fahrzeugen und will dabei an die Gewinnentwicklung der Vorjahre anknüpfen. Im ersten Halbjahr 1988 stieg der Überschuß nach einem jetzt veröffentlichten Zwischenbericht leicht um 2% auf 310 Mill. DM im Konzern und auf 246 (241) Mill. DM bei der AG.

Falls sich im zweiten Halbjahr keine „unvorhersehbaren Einbrüche" ereigneten, erwartet der Vorstand der Volkswagen AG (VW) für das Gesamtjahr eine ähnliche Entwicklung. Mit dem Zwischenbericht bestätigte VW vorläufige Schätzungen, die VW-Chef Carl H. Hahn bereits Ende Juni (vgl. SZ vom 1. 7. 1988) vor der Hauptversammlung genannt hatte. Danach stieg der weltweite Absatz der drei Konzernmarken VW, Audi und Seat im ersten Halbjahr um 2,1% auf 1 477 541 Wagen. Dabei verringerte sich der Absatz im Inland um 7,8% auf 458 844 Fahrzeuge, während er im Ausland um 7,3% auf 1 018 697 zunahm. Als Gründe für den Verkaufsrückgang im Inland nannte VW eine allgemeine, vorübergehende Abschwächung der Pkw-Nachfrage im April und Mai und den Modellwechsel beim „Passat".

Die weltweite Produktion steigerte VW auf 1 507 973 Fahrzeuge. Der Konzernumsatz wuchs um 5,2% auf 29,1 Mrd. DM, während er bei der Muttergesellschaft um 2% auf 22,2 Mrd. DM sank.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich auf 791 (720) Mill. DM. Dabei wurde die Zunahme der Vertriebs- und allgemeinen Verwaltungskosten um 320 Mill. DM auf 2,82 Mrd. DM nach Angaben von VW durch die Entwicklung des Finanz- und des sonstigen betrieblichen Ergebnisses mehr als kompensiert. Das Finanzergebnis verbesserte sich auf plus 10 Mill. DM nach minus 288 Mill. DM in der ersten Hälfte 1987; das sonstige betriebliche Ergebnis veränderte sich auf plus 341 (– 52) Mill. DM. Dabei spielt nach Angaben eines VW-Sprechers auch die Umstellung der Bilanzierung auf das international übliche Umsatzkostenverfahren eine Rolle.

Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich auf 260 138 (277 040), davon waren im Inland 171 110 (175 377) und im Ausland 89 028 (101 663) beschäftigt. Den Rückgang der Gesamt-Mitarbeiterzahl um 6,1% erklärte VW unter anderem mit dem Beginn des Produktionsauslaufs im US-Werk Westmoreland.

AUTOS MACHEN LEUTE.

DDR stellt Wartburg mit VW-Motor vor

August. In der Automobilindustrie der DDR beginnt eine neue Ära. Zum erstenmal wird das VEB IFA-Kombinat für Personenwagen auf der Leipziger Herbstmesse einen Personenwagen vom Typ „Wartburg" mit einem modernen Viertakt-Otto-Motor vorstellen. Noch im vierten Quartal dieses Jahres soll die Serienproduktion aufgenommen werden. Der technisch veraltete Zweitaktmotor, mit dem die in Eisenach und Zwickau produzierten Personenwagen aus der DDR bisher ausgerüstet waren, sollen damit ausgemerzt werden. Die Herstellung des neuen Motors wurde durch ein Kooperationsabkommen aus dem Jahre 1984 möglich, das die DDR mit der Volkswagen AG in Wolfsburg abgeschlossen hatte.

Im Rahmen dieses Abkommens lieferte der Automobilkonzern eine komplette Transferstraße zur Herstellung von Rumpfmotoren mit einem Hubraum von 1,04 und 1,3 Litern, wie sie im Polo und Golf Verwendung finden. Die Motorenstraße, die zuvor im VW-Werk Hannover installiert war, hat eine Fertigungskapazität von 286000 Motoren im Jahr. Als Gegenleistung soll die DDR aus dem Motorenwerk in Karl-Marx-Stadt (ehemals Chemnitz) 100000 der auf der Transferstraße montierten Rumpfmotoren an Volkswagen liefern. Allerdings dürften sich die Lieferungen nach Wolfsburg noch um ein Jahr hinauszögern.

Wenn man Fachleuten der Autoindustrie in der DDR Glauben schenken kann, entsprechen die in Karl-Marx-Stadt vom Band laufenden Motoren heute noch nicht dem Qualitätsstandard, den der Automobilkonzern in Wolfsburg an sie stellen muß. Offensichtlich hat der Ehrgeiz der Automobilbauer in der DDR, für den Motor alle Zulieferteile selbst herzustellen, dazu geführt, daß Anforderungen an die Präzision noch nicht erfüllt werden können. In der DDR sind im letzten Jahr rund 210000 Personenwagen, davon etwa 80000 Wartburg, produziert worden. Sie sollen bis 1990 auf „über 240000" gesteigert werden. Der jetzt auf der Herbstmesse in Leipzig gezeigte Wartburg mit dem neuen 1,3-Liter-Motor leistet 58 PS und fährt 135 Kilometer pro Stunde. Sein Einzelhandelsverkaufspreis beträgt 30200 Mark. Als Kombi soll er 33775 Mark kosten. Die Lieferzeit beträgt weiterhin gut zehn Jahre.



Jaguar-Gewinn fällt auf die Hälfte

Wechselkurs zehrt / Programm zur Kostensenkung

Der Gewinn vor Steuern dieses Herstellers von Luxuswagen ist im ersten Halbjahr 1988, verglichen mit der gleichen Vorjahreszeit, um die Hälfte auf 22,5 Millionen Pfund, etwa 70 Millionen DM, zurückgegangen. Der schwache Dollar ist der Hauptgrund für die Ertragseinbuße; ohne diesen Einfluß wäre der Gewinn um 30 Millionen Pfund besser gewesen als ausgewiesen.

Das Unternehmen exportiert 43 Prozent seiner Produktion nach den Vereinigten Staaten und hat große Schwierigkeiten, diese Ausfuhr zu halten. Demgegenüber ist der Absatz in England im ersten Halbjahr um 29 und auf dem europäischen Kontinent um 44 Prozent gestiegen. Der Gesamtumsatz ist im ersten Halbjahr mit 535 Millionen Pfund, etwa 1,7 Milliarden DM, 14 Prozent höher gewesen als in der gleichen Vorjahreszeit.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Sir John Egan, erwartet, daß auch der Gewinn für das ganze Jahr wesentlich niedriger sein wird als die 97 Millionen Pfund des Jahres 1987. Er schätzt den Absatz in diesem Jahre auf 53000 Fahrzeuge gegenüber 49200 im vergangenen Jahr. Die Gesellschaft zahlt eine unveränderte Zwischendividende von 3,7 Pence je Aktie. In den nächsten drei Jahren sollen durch die bevorstehende Pensionierung von Mitarbeitern (natürliche Fluktuation) 1200 Arbeitsplätze eingespart werden. Ferner ist jetzt ein Kostensenkungs-Programm angekündigt worden, das in der gleichen Zeit nochmals Einsparungen von 50 Millionen Pfund jährlich bringen soll.

Hanomag intensiviert Kooperation mit Südkorea

Die Hanomag AG, Hannover, baut die seit 1987 bestehende Zusammenarbeit mit dem südkoreanischen *Daewoo-Konzern, Seoul,* weiter aus. Wie der Baumaschinenhersteller mitteilte, produziert Daewoo nach einem vor kurzem abgeschlossenen Lizenzverfahren im Auftrag von Hanomag Radlader und Planierraupen in Korea. Hanomag liefert zunächst über 50% der Komponenten. Dieser Anteil soll nach Wunsch der Südkoreaner von Jahr zu Jahr zurückgefahren werden. Das durch die Kooperation ermögliche Absatzvolumen entspreche bis Ende 1989 einem Wert von rund 40 Mill. DM. Es soll in den Folgejahren ausgeweitet werden. Über die Lizenzeinnahmen werden keine Angaben gemacht. Durch die verstärkte Zusammenarbeit werde Hanomag in die Lage versetzt, seine bisherigen fernöstlichen Absatzmärkte auch in Zukunft zu marktgerechten Preisen mit Baumaschinen zu beliefern. Das Kostenniveau der Produktion liegt nach Darstellung von Hanomag in Südkorea 25% unter dem der Bundesrepublik.

Die Kooperation bedeute auch eine zusätzliche Absicherung der in Hannover vorhandenen 1350 Arbeitsplätze.



RGW und VR CHINA

Plünderungen in der VR CHina

In der VR China nehmen in diesem Sommer Plünderungen stark zu. Objekt der Begierde sind dabei vor allen Dingen Wassermelonen. In Henan wurde ein Feld mit 200 Tonnen abgeräumt. In Julin wurde ein Verkaufsstand überfallen und 30 Tonnen Wassermelonen verschleppt. Rund 20000 Menschen beteiligten sich an einer Ernteaktion auf einer 187 Hektar großen Anbaufläche. Die Bullen waren machtlos.

Nixdorf eröffnet Büro in Peking

Mit der Eröffnung einer Niederlassung in der chinesischen Hauptstadt Peking hat die *Nixdorf Computer AG, Paderborn*, jetzt ihr Engagement im asiatisch-pazifischen Raum verstärkt. Das Unternehmen ist in dieser Region mit einem Vertriebs- und Dienstleistungsnetz in 14 Ländern vertreten. Zu den Schwerpunkten in China zählen für Nixdorf nach Angaben des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Arno Bohn EDV-Systeme für Banken, Telekommunikationseinrichtungen und Geschäfte mit der Targon-Computerfamilie.

Flaute im innerdeutschen Handel

Wiesbaden (AP). Die Flaute im Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR hat auch im Juli angedauert. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, ging der Handel von West nach Ost im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 9 Prozent auf 640 Mill. DM zurück. Auch der Wert der von der DDR bezogenen Waren verringerte sich um 8 Prozent auf 546 Mill. DM. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lag damit der Wert der Lieferungen in die DDR (3,79 Mrd. DM) um 11 Prozent niedriger als von Januar bis Juli 1987, während in die Gegenrichtung Güter mit einem um 4 Prozent höheren Wert (3,86 Mrd. DM) gingen.

Lohnerhöhungen in der VR

Nachdem durch die Aufhebung der Preisbindung für Grundnahrungsmittel die Inflationsrate auf 19% gestiegen ist, sollen künftig die Löhne der Preisentwicklung angepaßt werden. Zunächst soll die Anhebung des Durchschnittslohns 8% betragen.

VISA-Kreditkarten in der VR China

Nachdem vor einigen Wochen in der SU als erstem RGW-Land VISA-Kreditkarten ausgegeben wurden, erfolgte die Ausgabe in dieser Woche auch in der VR China.

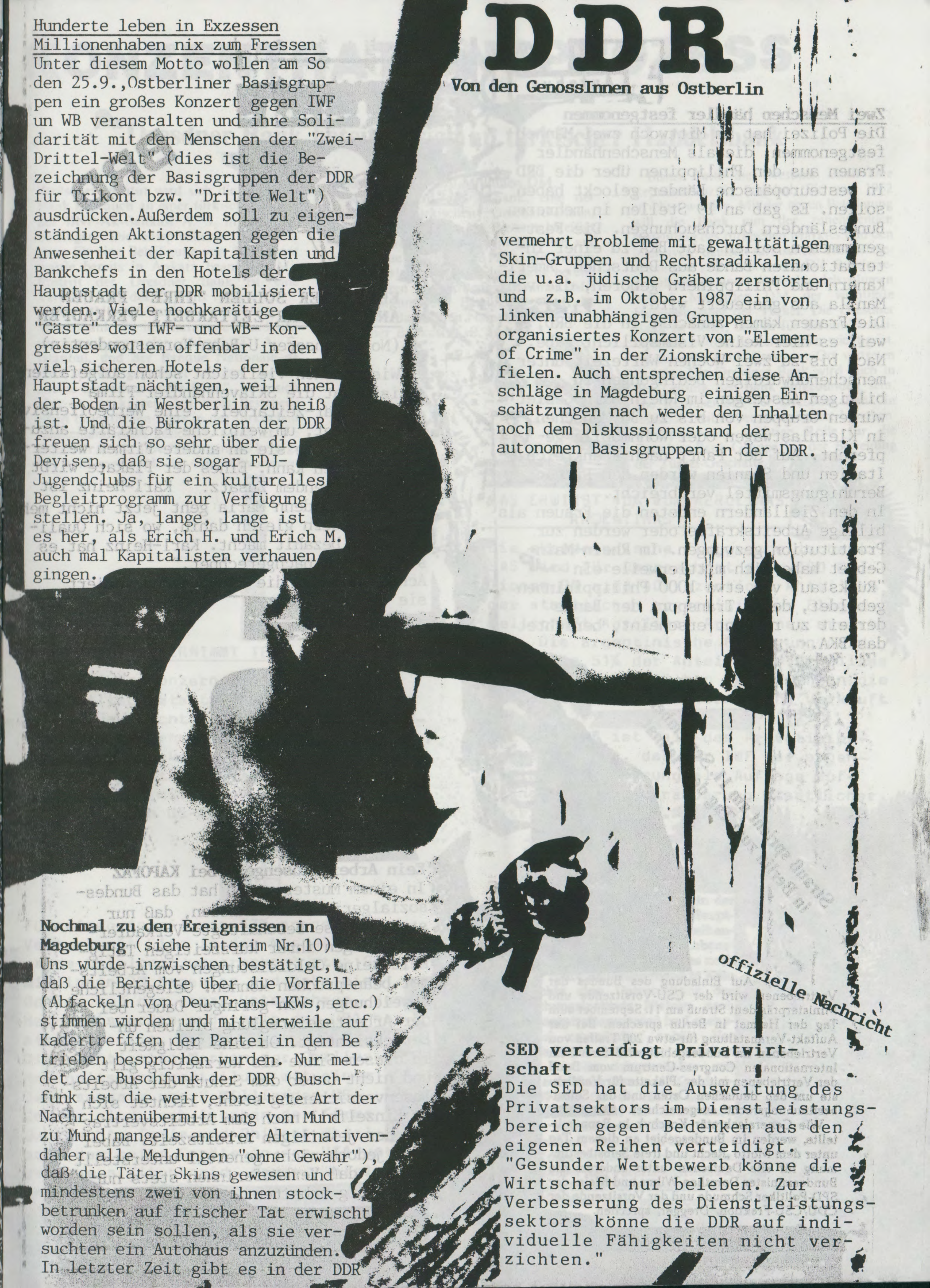
Adler Bekleidungswerk AG, Haibach: Die bisher nur im Handel tätige Tochter in China, die Beijing Adler Corporation Ltd., plant, in der Nähe von Peking eine eigene Produktionsstätte für Textilien. Diese Produkte sollen hauptsächlich in die Bundesrepublik exportiert werden. Partner der China-Tochter ist mit 50% Anteil die Yada Corporation Ltd., Peking.

Paris baut an Moskauer Hotelklinik mit

Der Baukonzern *Bouygues S.A., Paris*, wird zusammen mit der Pullman International, Hoteltochter der *Compagnie des Wagons Lits, Brüssel*, bei Moskau ein Fünf-Sterne-Klinikhotel bauen. Das Projekt, das Investitionen von 400 Mill. FF (120 Mill. DM) erfordert, wird im Rahmen der ersten größeren französisch-sowjetischen Gesellschaft verwirklicht. An dem gemeinsamen Unternehmen sollen beteiligt werden das Fiodorow-Institut mit 41%, die Sowjetbank mit 10%, Bouygues mit 25% und Pullman mit 10%. Den Rest übernehmen vier französische Banken. Prof. Fiodorow ist ein Augenspezialist, der weltweit durch die von ihm erfundene chirurgische Technik „radiäre Keratotomie" gegen Kurzsichtigkeit bekannt wurde. Sein Institut behandelt damit jährlich bis zu 2000 ausländische Patienten. Neben dem Klinikhotel, dessen Verwaltung Pullman International übernehmen soll, wird das Gebäude 40 Wohnungen und Büroräume von 1000 m² umfassen, die an ausländische Firmen vermietet werden. Die Inbetriebnahme ist für 1990 vorgesehen.

Springer plant in Ungarn Druckerei und Verlagshaus

– Der Vorstandschef der *Axel Springer Verlag AG, Berlin*, Peter Tamm, hat jetzt in Budapest mit dem Politbüromitglied Janos Berecz über ein Gemeinschaftsunternehmen in Ungarn gesprochen. Geplant ist ein Joint Venture zwischen Springer, der ungarischen Kreditbank und der Hungarian Reform Ltd. Co. ([illegible]). Dabei gehe es um die Errichtung eines Druckerei- und Verlagshauses für Bücher und Zeitschriften. Berichte, nach denen Springer angeblich die Wochenzeitung *Reform* herausgeben wird, wies Berecz erneut zurück. Die Herausgabe dieses Blattes sei von dem geplanten Gemeinschaftsunternehmen und von Springer vollkommen unabhängig.



DDR

Von den GenossInnen aus Ostberlin

Hunderte leben in Exzessen
Millionenhaben nix zum Fressen

Unter diesem Motto wollen am So den 25.9.,Ostberliner Basisgruppen ein großes Konzert gegen IWF un WB veranstalten und ihre Solidarität mit den Menschen der "Zwei-Drittel-Welt" (dies ist die Bezeichnung der Basisgruppen der DDR für Trikont bzw. "Dritte Welt") ausdrücken.Außerdem soll zu eigenständigen Aktionstagen gegen die Anwesenheit der Kapitalisten und Bankchefs in den Hotels der Hauptstadt der DDR mobilisiert werden. Viele hochkarätige "Gäste" des IWF- und WB- Kongresses wollen offenbar in den viel sicheren Hotels der Hauptstadt nächtigen, weil ihnen der Boden in Westberlin zu heiß ist. Und die Bürokraten der DDR freuen sich so sehr über die Devisen, daß sie sogar FDJ-Jugendclubs für ein kulturelles Begleitprogramm zur Verfügung stellen. Ja, lange, lange ist es her, als Erich H. und Erich M. auch mal Kapitalisten verhauen gingen.

Nochmal zu den Ereignissen in Magdeburg (siehe Interim Nr.10)

Uns wurde inzwischen bestätigt, daß die Berichte über die Vorfälle (Abfackeln von Deu-Trans-LKWs, etc.) stimmen würden und mittlerweile auf Kadertreffen der Partei in den Betrieben besprochen wurden. Nur meldet der Buschfunk der DDR (Buschfunk ist die weitverbreitete Art der Nachrichtenübermittlung von Mund zu Mund mangels anderer Alternativen-daher alle Meldungen "ohne Gewähr"), daß die Täter Skins gewesen und mindestens zwei von ihnen stockbetrunken auf frischer Tat erwischt worden sein sollen, als sie versuchten ein Autohaus anzuzünden. In letzter Zeit gibt es in der DDR vermehrt Probleme mit gewalttätigen Skin-Gruppen und Rechtsradikalen, die u.a. jüdische Gräber zerstörten und z.B. im Oktober 1987 ein von linken unabhängigen Gruppen organisiertes Konzert von "Element of Crime" in der Zionskirche überfielen. Auch entsprechen diese Anschläge in Magdeburg einigen Einschätzungen nach weder den Inhalten noch dem Diskussionsstand der autonomen Basisgruppen in der DDR.

offizielle Nachricht

SED verteidigt Privatwirtschaft

Die SED hat die Ausweitung des Privatsektors im Dienstleistungsbereich gegen Bedenken aus den eigenen Reihen verteidigt. "Gesunder Wettbewerb könne die Wirtschaft nur beleben. Zur Verbesserung des Dienstleistungssektors könne die DDR auf individuelle Fähigkeiten nicht verzichten."



Zwei Menschen händler festgenommen

Die Polizei hat am Mittwoch zwei Männer festgenommen, die als Menschenhändler Frauen aus den Philippinen über die BRD in westeuropäische Länder gelockt haben sollen. Es gab an 19 Stellen in mehreren Bundesländern Durchsuchungen. Die Festgenommenen sollen laut BKA zu einer internationalen Bande aus Deutschen, Amerikanern und Philippinern gehören, die von Manila aus gesteuert wird.
Die Frauen kämen zunächst in die BRD, weil es hier keine Visumspflicht gäbe. Nach bis zu zwei Wochen Wartezeit unter menschenunwürdigen Bedingungen in billigen Absteigen im Rhein-Main-Gebiet würden Gruppen von bis zu 30 Menschen in Kleinlastwagen oder Wohnmobile gepfercht. Auf der Fahrt nach Frankreich, Italien und Spanien würden den Frauen Beruhigungsmittel verabreicht.
In den Zielländern endeten die Frauen als billige Arbeitskräfte oder werden zur Prostitution gezwungen. Im Rhein-Main-Gebiet habe sich mittlerweile ein "Rückstau" von etwa 1000 Philippininnen gebildet, deren Transport der Bande derzeit zu riskant erscheint, berichtet das BKA.

BRD

EHEMÄNNER SOLLEN "IHRE" FRAUEN AN TEMPORÄR-ZEITARBEIT VERKAUFEN

(Notiz unserer U-Bahn-Korrespondentin)

Wie manchen vielleicht schon aufgefallen ist, hat die Sklavenhändler-Firma "Temporär-zeitarbeit" eine Werbeoffensive gestartet, um weibliche Fachkräfte anzuwerben, die sie an andere Firmen weitervermieten kann. Eines der Plakate wirbt mit folgendem Zusatz: " Karl-Heinz ist auch dafür, denn Maria geht jetzt nicht mehr fremd sondern gleich dahin, wo sich Qualifikation bezahlt macht. Karl-Heinz hat es schließlich nachgerechnet."
Achtet mal auf die Plakate und veziert sie etwas!

Strauß spricht am 11. September in Berlin zum Tag der Heimat

Auf Einladung des Bundes der Vertriebenen wird der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Strauß am 11. September zum Tag der Heimat in Berlin sprechen. Bei der Auftakt-Veranstaltung für etwa 200 Treffen von Vertriebenen im Bundesgebiet wird Strauß im Internationalen Congress-Centrum vom Bund der Vertriebenen mit der „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" ausgezeichnet.
Wie Generalsekretär Koschyk in Bonn mitteilte, werden im Bundesgebiet an diesem Tag unter dem Motto „Recht und freie Selbstbestimmung für alle Deutschen" unter anderem die Bundesminister Dorothee Wilms und Klein, der SPD-Politiker Schmude und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, sprechen.

Kein Arbeitslosengeld bei KAPOFAZ

In einem Musterprozeß hat das Bundessozialgericht entschieden, daß nur stundenweise beschäftigte Verkäuferinnen wegen ihrer kurzzeitigen Tätigkeit keine Geldleistungen vom Arbeitsamt beanspruchen können. Gelegentliche Abweichungen von geringer Dauer bei der Arbeitszeitreglung bleiben unberücksichtigt. Ob eine Tätigkeit in diesem Sinne als kurzzeitig gilt und nicht unter dem Schutz der Arbeitslosenversicherung steht, richtet sich im Einzelfall nach dem Arbeitsvertrag und der jeweiligen Arbeitszeit. Dabei darf jedoch nicht generell unterstellt werden, daß Verkäuferinnen stets nur kurzzeitig arbeiten.

KONZENTRATIONSPROZESS

Dresdner Bank beteiligt sich an türkischer Handelsbank

Als erstes deutsches Institut wird sich die Dresdner Bank nun auch an einer türkischen Bank, der BNP-Ak-Bankasi A. S. in Istanbul, beteiligen. Die entsprechende Genehmigung für eine Beteiligung von 30 Prozent wurde bereits in Ankara beantragt. Mit Eintritt der Dresdner Bank ist eine Verdoppelung des Kapitals vorgesehen.

Die BNP-AK-Bankasi war 1985 als Spezialbank für internationale Handelsfinanzierung von der Akbank T. A. S. Istanbul, und der Banque Nationale de Paris (BNP) gegründet worden. Sie ist „keine besonders große Bank", habe sich aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens einen beachtlichen Platz in der türkischen Bankenlandschaft gesichert, berichtet die Dresdner Bank. Ihre Bilanzsumme beträgt 107 Millionen DM, ihr Geschäftvolumen beläuft sich auf 270 Millionen DM.

Künftig wird die Akbank, eine der führenden türkischen Geschäftbanken, noch zu 40 (vorher 51) Prozent beteiligt sein. 30 (vorher 49) Prozent entfallen auf die Banque Nationale de Paris. Mit diesem Institut arbeitet die Dresdner Bank bereits in mehreren Ländern eng zusammen. Mit Genehmigung der Beteiligung wird die türkische Bank ihren Namen in BNP-AK-Dresdner Bankasi A. S. ändern.

Bisher hatte die Dresdner Bank eine Repräsentanz in Istanbul. Sie war 1952 errichtet worden. Mit der neuen Beteiligung will die Bank nun der zunehmenden Bedeutung des türkischen Marktes und den intensiven deutsch-türkischen Handelsbeziehungen gerecht werden. Die Bundesrepublik ist mit einem Außenhandelsvolumen von 8 Milliarden DM der wichtigste Handelspartner der Türkei. Die Dresdner Bank ist sicher, daß es für die im Türkei-Geschäft tätigen Unternehmen wichtig ist, als deutsche Bank direkt vor Ort vertreten zu sein. Die Dresdner Bank wird auch in der Leitung der Bank eingebunden sein. Die Repräsentanz der Dresdner Bank in Istanbul bleibt aber unverändert bestehen. Sie spiele eine wichtige Rolle für die Dresdner-Bank-Gruppe bei der Betreuung der Türkei-Geschäfte.

SAS ERWIRBT 40% VON AEROLINAS ARGENTINAS

Die skandanavische Fluggeschellschaft SAS wird für umgerechnet rund 380 Millionen DM eine 40prozentigen Anteil an der staatlichen argentinischen Fluggesellschaft Aerolinas Argentinas erwerben. Die argentinische Regierung wird weiterhin 51% der Anteile von Aerolinas halten. Die restlichen 9% sollen an die Beschäftigten des Unternehmens verkauft werden.

Der Verkuaf ist Teil des Privatisierungsprogramms, das der IWF der argentinischen Regierung als Auflage aufzwang, das die Veräußerung staatlicher Betriebe vorsieht.

US-KONZERN ÜBERNIMMT TEIL VON PHILIPS

Der Elektrokonzern Philps hat seine Haushaltsgerätabteilung, darunter die Firma Bauknecht, an ein neues, gemeinsames Unternehmen mit dem US-Hersteller Whirlpool verkauft. Dadurch entstehe der weltgrößte Hersteller für Haushaltsgeräte mit einem Jahresumsatz von 6 Milliarden US-Dollar (12 Milliarden DM).

Für einen Anteil von 53% an dem Joint Venture mit Sitz in den Niederlanden werde Whirlpool umgerechnet etwa 900 Millionen DM bezahlen und habe eine Option auf das ganze Unternehmen, das Haushaltsgeräte außerhalb der USA herstellen solle.

Die wichtigsten Marken der Philips-Haushaltsgeräteabteilung mit einem Jahresumsatz von 2 Milliarden US-Dollar sind nach Angaben der Firma Bauknecht, Ignis und Philps. Whirlpool vertreibe Geräte in den USA unter den Namen Kitchenaid, Roper, Whirlpool und Kenmore.

Ladensterben hält unvermindert an

Im Jahr 2000 wird es in der Bundesrepublik nach Angaben der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) nur noch rund 50 000 Lebensmittelgeschäfte geben. 1970 waren es noch 173 000. Der Einzelhandelsverband in Köln veröffentlichte eine Untersuchung des Marktforschungsinstituts Nielsen, nach der der Konzentrationsprozeß im Lebensmittelhandel unverändert anhält. Vor allem Tante-Emma-Läden sterben weiter. Machten Einzelhandelsgeschäfte mit einer Verkaufsfläche bis zu 400 Quadratmetern 1980 noch fast die Hälfte des Gesamtumsatzes, so wird ihr Anteil nach Ansicht der Marktforscher bis zur Jahrtausendwende auf weniger als ein Viertel sinken. Auf dem Vormarsch sind vor allem SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte auf der grünen Wiese. Sie erkämpften sich bereits im vorigen Jahr einen Umsatzanteil von [illegible] Prozent.

TATORT: Oberverwaltungsgericht

in Sachen Arbeitslosenladen e.V. contra Land Berlin

Die Vorgeschichte:

Den Arbeitslosenladen gibt es seit 1980. Die selbst arbeitslosen Mitglieder hatten sich vorgenommen a) einen Treffpunkt von Erwerbslosen einzurichten, die nicht isoliert bleiben wollen, b) Beratung zu machen für Erwerbslose, die Probleme mit den Ämtern haben und c) sich politisch zu organisieren und aufzutreten, um nicht bloße Manöviermasse der Herrschenden zu sein.







Dez. 84/Jan. 85
Wir bringen im Arbeitsamt IV, Charlottenstr. ein schwarzes Brett an

- weil wir meinen, daß das Arbeitsamt den Arbeitslosen und nicht den Abteilungsleitern gehört

- weil wir das Arbeitsamt als Ort der Kommunikation und Selbstorganisation der Arbeitslosen verstehen und nicht als Amt, in dem jeder still dazusitzen hat, bis er aufgerufen wird.

Okt. 85
Im Rahmen einer DGB-Aktionswoche gegen Sozialabbau wird das Sozialamt Kreuzberg von Mitgliedern meherer Initiativen besetzt. Schulz, der Sozialstadtrat, und Schulze, der Sozialamtsleiter erklären sich bereit, zu einem Gespräch in den Laden zu kommen. Nach eienr erregten Diskussion über die unerträglichen Zustände auf dem Soz.-Amt Kreuzberg werden die Herren mit blauer Farbe verschönert entlassen.

Und der Senat?

reagiert prompt. Nachdem wir drei Jahre lang etwas Knete aus dem berühmt-berüchtigten Fink-Topf erhalten hatten, war dann Dez. 85 nach den o.g. Aktionen Schluß damit!

" Die fachliche Eignung des Projektes muß in Zweifel gezogen werden, da politische Aktivitäten (z.T. auch rechtswidrige) in den Mittelpunkt der Arbeit getreten sind..." (Auszug aus dem Schreiben des Senators für Gesundheit und Soziales an den Arbeitslosenladen vom 11.12.1985)

Politische Aktivitäten gehörten von unserem Selbstverständnis her schon immer zu unserer Arbeit. Wir versuchen bestehende Strukturen nicht einfach nur hinzunehmen, sondern sie aktiv zu verändern. Das meinen wir mit politischer Arbeit.

Der Laden zieht vor das Verwaltungsgericht.

Nov. 86, Urteil des Verwaltungsgerichts:
Die Entscheidung des Senats war fehlerhaft, muß neu getroffen werden! Der Senat geht in Berufung. Er hat ja Zeit und vor allem das Geld.

8. Sept. 88: Zwei Jahre danach geht es in die zweite und letzte Instanz.

Unterdessen hat der Arbeitslosenladen seine Räume in der Naunynstr. 68 aufgeben müssen, seine bezahlten Stellen auch und hat Schulden.
Trotzdem, wir machen weiter!!!

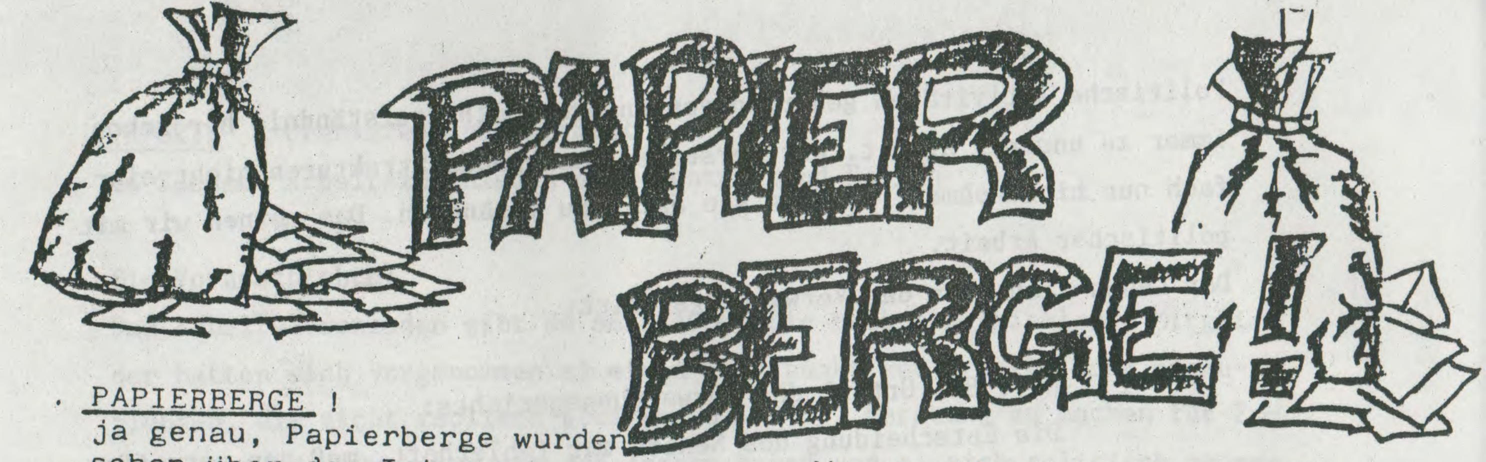
Der Prozeß:
Es geht längst nicht mehr nur um die paar Kröten ja oder nein, vielmehr geht es darum aufzuzeigen, wie der Sozialsenat politische Disziplinierung betreibt. Über finanzielle Anreize versucht man selbstbestimmte Lebensansätze in den Griff zu bekommen.
Was hier im Kleinen läuft, läuft auch im Großen. Es sind die Gesetze nach denen der Kapitalismus funktioniert, auch der Internationale Währungsfond und Weltbank funktionieren so. Widerstand ist angesagt!



KOMMT MASSENHAFT UND PÜNKTLICH
Ort: Oberverwaltungsgericht, Hardenbergstr. 21
Zeit: Donnerstag, den 8. September 88, 9[30] Uhr

Arbeitslosenladen e.V., Bethaniendamm 25, 1/36, Tel.: 611 91 90
Öffnungszeiten: Di 14-17[00] Uhr, Fr 10-13[00] Uhr

Übrigens: Einer von uns wurde April 87 beim Flugis verteilen (Aufruf zum Betroffenenblock der 1. MAI-Demo) durch die Polizei aus dem Arbeitsamt III entfernt. Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Widerstand. 8 Tage später passierte elf Leuetn von uns das Gleiche. Prozeß wahrscheinlich im Oktober.



PAPIERBERGE !

ja genau, Papierberge wurden schon über den Internationalen Währungsfond (IWF) geschrieben und Ihr haltet mit Sicherheit schon das 1984. Papier zu diesem Thema in der Hand. An dieser Stelle wird dokumentiert, was Schüler/innen zu diesem Thema erarbeitet hat.

Vom 26.9. bis zum 29.9.1988 findet der IWF/Weltbank(WB)-Kongrß im ICC in West-Berlin statt. Dort treffen sich die Finanzbosse und Bankmanager (inkl. Yuppies) der sog. "1. Welt" und die Chefs der verarmten Länder.

WAS MACHEN IWF UND WELTBANK?

In der Schule wird uns beigebracht, der IWF"sei eine Institution, die den "3.Welt-Ländern" durch Kreditvergabe bei ihrem Entwicklungsprozeß und ihrem sozialen Fortschritt behilflich ist" (Zitat aus einer Broschüre des Presse- und Informationsdienstes der BRD-Regierung). Diese großartige Hilfe bedeutet, daß in den Ländern der "3.Welt"die Umwelt immer mehr in den Arsch geht und immer mehr Menschen verhungern.

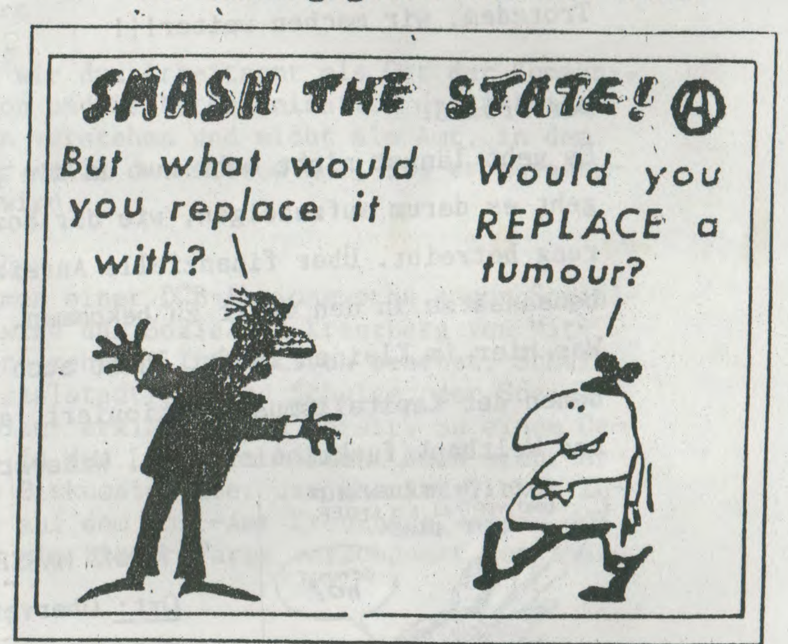
Beginnen wir bei den Krediten, die der IWF vergibt.

Diese Kredite werden an die regierenden Bonzen der verarmten und verschuldeten Länder gezahlt.Die Länder sind verarmt, weil die Reichen (Regierungsmitglieder, Konzernbosse, usw.) die Knete einheimsen und sich die dicken Villen kaufen oder/und auf Schweizer Konten legen.

Für die Kredite werden den Schuldnerländern harte Auflagen 'reingebuttert, die von diesen zähneknirschend angenommen werden müssen, da sie sonst von den Großbanken der westlichen Länder keine Knete zur Zurückzahlung ihrer Schulden bekommen würden.(Seit 1970 sind die Länder durch den Druck des IWF auf ihre Wirtschaft nur noch in der Lage, die Zinsen ihrer Schulden zurückzuzahlen, weswegen sie in der Abhängigkeit vom IWF bleiben.) Diese Auflagen werden aber nicht aus reinem Spaß an der Freudeaufgedrückt, sondern machen das Land abhängig und kurbeln die Wirtschaft der "1. Welt-Länder" an, indem alles aus den verschuldeten Ländern 'rausgequetscht wird (Rohstoffe, Arbeitskräfte, militärstrategische Stützpunkte, usw.)

Dabei arbeiten IWF und Weltbank (WB) Hand in Hand.

So wird Brasilien zur Auflage gemacht, die Löhne zu senken,



This graphic is not the poster mentioned in this letter; it is merely a cartoon for your enjoyment courtesy of *Blackflag*, 17/12/85. It also helps fill up the space left for the spanish text that's missing.

die Preise der Grundnahrungsmittel zu erhöhen (das Volk muß hungern, während der IWF, ausländische Konzerne und die Herrschenden des jeweiligen Landes sacken die Kohle ein), die öffentlichen Dienste zu verteuern (Krankenhäuser und Verkehrsmittel) und überhaupt im sozialen Bereich Einsparungen vorzunehmen. Dafür werden dann ausländische Firmen gesponsort (wie z.B. VW), die in den jeweiligen Ländern schalten und walten dürfen, wie sie wollen (Frauen als billigste Arbeitskräfte einsetzen, Umwelt verpesten, streikende Arbeiter erschießen, Hungeraufstände niederschlagen, usw.).
Diese Auflagen des IWF werden durch sogenannte "soziale" Projekte der Weltbank (WB) unterstützt, wie z.B. Zwangssterilisierungen, um die Armen (nicht die Armut) zu beseitigen, Infrastrukturen für die ausländischen Großfirmen aufzubauen (Straßen, Eisenbahnen, Dämme, um den Nachschub der produzierten Waren zu gewährleisten, was wiederum die Umwelt zerstört), und die sog. "Grüne Revolution"(Anbau von Früchten für den Weltmarkt, während im eigenen Land die Menschen verhungern)voranzutreiben.Großzügigerweise darf der Staat immer noch Kriegsmaterial von den Industriestaaten kaufen, auch um den Widerstand der Bevölkerung gegen die Maßnahmen des IWFs zu zerschlagen.
Der IWF und die Weltbank erfüllen Handlangerdienste für die multinationalen Unternehmen der westlichen Industrieländer, indem sie die Länder zum Ausbeuten der Menschen (Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen) und der Natur vorbereiten.

TELEX - TELEX - TELEX - TELEX

BEISPIEL TÜRKEI STOP 1980 IST DIE TÜRKEI HOCHVERSCHULDET STOP SIE BEMÜHT SICH UM EINEN KREDIT STOP ER WIRD ABGELEHNT STOP DIE FASCHISTISCHEN GENERÄLE ÜBERNEHMEN DIE MACHT STOP SIE GEHEN AUF AUFLAGEN EIN STOP SIE BEKOMMEN KREDITE STOP DIE DIKTATUR HERRSCHT STOP DIE AUFLAGEN VERBIETEN GRUNDSTOFFINDUSTRIE STOP DIE TÜRKEI WIRD ABHÄNGIGER STOP MULTINATIONALE KONZERNE PROFITIEREN STOP OPPOSITIONELLE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN WERDEN VERBOTEN STOP ZEHNTAUSENDE VERHAFTET UND GEFOLTERT UND ERMORDET STOP TOURISMUSINDUSTRIE WIRD ZUR IWF - AUFLAGE STOP SOLL DEVISEN BRINGEN STOP NUR EUROPÄISCHE TOURISMUSINDUSTRIE PROFITIERT STOP GRUNDNAHRUNGSMITTELPREISE STEIGEN STOP PREISE DER KONSUMGÜTER STEIGEN STOP LÖHNE SINKEN STOP KONSUMGÜTER KOMMEN AUS DEM WESTEN STOP TOURISTEN KAUFEN BILLIG IN DER TÜRKEI STOP LOHNKÜRZUNGEN IWF - AUFLAGE STOP STREIKS VERBOTEN STOP ARBEITER/INNEN UND BAUERN UND BÄUERINNEN ENTRECHTET STOP TÜRKEI IST BILLIGLOHNLAND FÜR MULTINATIONALE KONZERNE STOP

STOP STOP STOP STOP STOP

WAS HAT DER IWF MIT UNS ZU TUN?

Oft preist der Mensch den ach so großen Wohlstand unserer Gesellschaft an und freut sich über die vielen schönen Sonderangebote in den Geschäftsauslagen. Daß aber dieser Wohlstand oder die Digitaluhr für fünf Mark auf Kosten anderer existiert, ist nur den wenigsten bewußt. Daß Menschen in den verarmten Ländern sich für unseren Wohlstand zu Tode schuften, ohne sich für die paar Pfennige auch nur das nötigste zum Leben leisten zu können, sehenoder wollen viele nicht sehen.Auch bei diesem miesen Stück spielt der IWF die Hauptrolle: Er macht den verarmten, abhängigen Ländern bei der Kreditvergabe die Auflage, günstige Bedingungen für ausländische Betriebe zu schaffen, was oft die Zerstörung der Natur und einheimischer Lebenszusammenhänge bedeutet. Die Unternehmen brauchen den Arbeiter/innen nur ein paar Pfennige zu zahlen, wo sie hier mindestens zehn Mark pro Stunde zahlen müssten. Das Geld und die Produkte fließen wieder zurück in die sog. "1. Welt"- Länder. Diese Ausbeutung hat System, ob sie sich nun demokratisch oder sonstwie nennt.Wir können dies täglich selbst in unserer so wahnsinnig "freien" Stadt, wo sich die Menschen der Macht und Geldgier einiger weniger beugen müssen, spüren.
Wir Schüler und Schülerinnen lernen von Anfang an,zu herrschen und beherrscht zu werden. Durch Notendruck und Konkurrenzdenken werden wir zu Einzelkämpfern gemacht, so wie die Gemeinschaft von Menschen zugunsten vereinzelter,nach Macht strebender, vor den Autoritäten kriechender Geschöpfe zerstört. Wir dürfen nicht selbst entscheiden, was wir lernen wollen, sondern müssen das lernen, was uns später zu einem Rädchen in einer gefühllosen Maschine macht, die von den Mächtigen gesteuert wird. In der "Arbeitswelt" können wir uns dann entscheiden, ob wir uns ohne Rücksicht auf Verluste zum Chefsessel hochschleimen, was auch nur wenigen gelingt und selbst dann sind sie noch abhängig. Andererseits könnten wir,wie uns durch Erziehung und Schule beigebracht wurde,vor dem Chef buckeln und für ihn schuften. Das bißchen Freiheit, das uns dann noch übrig bleibt, dürfen wir zum Konsumieren verschleudern. Die wirkliche Freiheit, in der wir ohne Herrschaft, in einer freien Gemeinschaft, ohne Zwang selbstbestimmt leben können, läßt dieses System nicht zu. Der IWF ist eines der Hauptinstrumente dieses mörderischen Systems, sein Treffen in Berlin stellt für uns die Möglichkeit dar, zu zeigen, daß wir nicht auf Kosten anderer leben wollen. Um dieses Ausbeutersystem anzugreifen, sollten wir uns in Räten dezentral organisieren. In diesen Räten haben wir die Möglichkeit uns kennenzulernen und aus unserer Isolation dieser Maschinerie auszubrechen.

LASST UNS GEMEINSAM GEGEN DEN IWF VORGEHEN !
FÜR DIE ABSCHAFFUNG DES IWF !
FÜR EINE FREIE, GERECHTE GESELLSCHAFT !
ALLE MACHT DEN RÄTEN !
LASST UNS DEN TRÖTEN DER REVOLUTION EINEN HARMONISCHEN D - DUR - DREIKLANG VERPASSEN !!!

Kommt zu den unabhängigen Schüler/innen - Bezirksräten gegen den IWF!
MITTWOCH - Schüler/innen-Rätetreffen und Infoveranstaltung für KREUZBERG und NEUKÖLLN um 19.30 Uhr im Falke-Laden (U-Bhf. Schlesisches Tor)

FREITAG - Rätetreffen und Infoveranstaltung zum IWF für SPANDAU, CHARLOTTENBURG und WILMERSDORF um 18.00 Uhr im Mieterladen in der Danckelmannstr. 50 (U-Bhf. Sophie-Charlotte-Platz)





4,9.	So	20 Uhr **Film** im EX : Septemberweizen 16 Uhr **Frauenkiezcafe** im Falkeladen
7./8.		**film** im KOB um 21 Uhr : Sanja - Wenn du geschlagen wirst...
11.9.	So	**Chaos gegen Dollars im Kiez - Soli - Konzert** auf dem Görlitzer Gelände mit KGB und Kinderfest

Strauß wird zu Gast beim Bund d. Vertriebenen im **ICC** sein, Anlaß ist der **Tag der Heimat** Uhrzeit leider nicht bekannt!

ZWEI FRAUEN- & LESBEN KUNDGEBUNGEN

vor dem frauenknast plötzensee/ westberlin am o8.o9. und 26.o9.88

wir wollen NUR zwei kundgebungen dort machen, obwohl es gründe genug gibt, jeden tag vor die knäste zu gehen.

knast ist permanente bedrohung für frauen und lesben, die widerstand leisten oder sich ihrer verwertung entziehen. mittlerweile haben aber viele die erfahrung gemacht, daß knast nicht das dunkle loch ist, in dem uns die herrschenden gerne hätten - sondern ein loch, das sich durch unser feuer durchaus erhellt. ein beispiel dafür ist der hungerstreik der frauen in der plötze im sommer 87 - die frauen haben, erstmals für uns draußen deutlich, starken gemeinsamen widerstand innerhalb der scheinbar perfekten maschine plötze durchgesetzt. der knast, der damals nur als abstrakte und un(an)greifbare bedrohung in unsren köpfen existierte, bekommt sicht- und spürbare risse.

kundgebungen sind i m m e r ein ausdruck unsrer eigenen auseinandersetungen und teil unsres widerstandes. kundgebungen vor der plötze sind darüber hinaus auch ausdruck unsrer LUST (freude), mit den gefangenen frauen zusammenzukommen und voneinander mitzukriegen, wie wir unsre kämpfe unter den jeweils verschiedenen bedingungen bestimmen. es ist der kampf gegen unterdrückung, ausbeutung und vernichtung, gegen entfremdung und isolation - um identität und selbstbestimmung, FÜR ein **befreites** LEBEN, der uns verbindet.

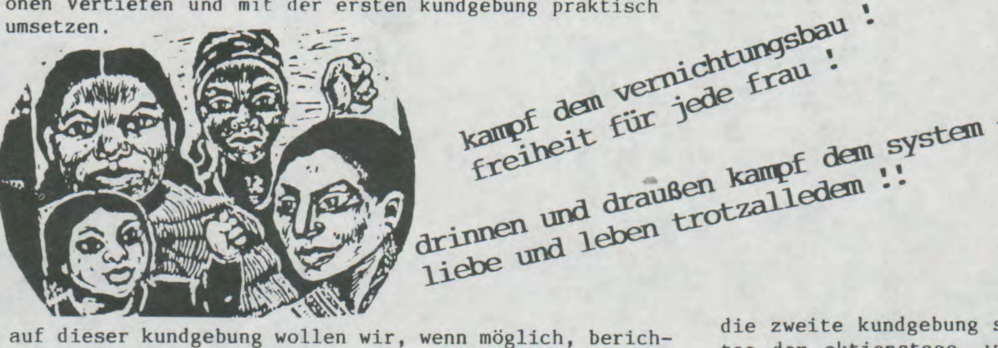
es ist die nähe zu den gefangenen frauen, sowie die dringlichkeit, einige der notwendigsten auseinandersetzungen zu führen (und öffentlich zu führen), warum wir uns für beide kundgebungen entschieden haben.

ende september tagen hier in westberlin der internationale währungsfons und die weltbank - d.h., daß in der zeit 14ooo(!) bonzen, finanzchefs, manager, angebliche 'experten' samt ihrer bewacherarmee hier rumsitzen und an ihren 'konzepten' basteln. das sind genau die herrschaften, die für elend und vernichtung auf der ganzen welt verantwortlich sind !

in unsren aktionen dagegen wollen wir aber nicht nur an der iwf/wb-politik und ihren direkten auswirkungen ansetzen, sondern v.a. an unsren alltäglichen kampfbedingungen.

die ersten septemberwochen werden besonders wichtig dafür sein, wie wir uns während der tagung verhalten und organisieren. in anbetracht der angespannten situation, dem ausnahmezustand, den drohgebärden der herrschenden und in anbetracht UNSRER EIGENEN ANGST, die sich vor jeder aktion aufbaut (und BUH schreit), brauchen wir die kontinuierliche auseinandersetzung um knast und repression.

in den ersten septembertagen wollen wir diese diskussionen vertiefen und mit der ersten kundgebung praktisch umsetzen.



kampf dem vernichtungsbau !
freiheit für jede frau !

drinnen und draußen kampf dem system -
liebe und leben trotzalledem !!

auf dieser kundgebung wollen wir, wenn möglich, berichte von frauen aus anderen ländern, den knastkämpfen dort hören. wir wollen kurz was zur 'sozialistischen internationale' sagen, mit deren billigung 1986 in peru hunderte von gefangenen umgebracht wurden (der wirtschaftsausschuß der si tagt, iwf-bezogen, anfang sept. ebenfalls in w-bln).

am o9.o8.88 sind gabi und angelika, gefangene frauen aus der raf, in einen isotrakt der plötze verlegt worden, obwohl sie die zusammenlegung mit den lübecker gefangenen frauen aus der raf fordern. wir werden auf der kundgebung die veränderte situation von gabi und angelika beschreiben und wollen ihnen liebe und kraft schicken.

WIR FORDERN :
ZUSAMMENLEGUNG VON ANGELIKA & GABI MIT HANNA, CHRISTINE & IRMGARD IN LÜBECK !!!

GROSSE FRAUEN & LESBEN VV am mo,o5.o9.88 19.3o uhr im mehringhof

die zweite kundgebung soll am 26.o9.88 sein, am ersten tag der aktionstage. wir wollen andrea, die an diesem tag aus der plötze rauskommt, massig empfangen. in diesem zusammenhang werden wir die entwicklung des widerstandes gegen die plötze aufzeigen.

WIR FORDERN :
SELBSTBESTIMMTE GRUPPEN INNERHALB OFFENER HÄUSER IN DER PLÖTZE !!!

zwei der schwerpunkte unsrer arbeit gegen iwf/wb sind die abschiebepolitik der brd und zwangsarbeit. diese menschenverachtende politik findet in den knästen besonders ihren ausdruck. das wollen wir am beispiel der plötze verdeutlichen.

außerdem finden wir die kundgebung während der aktionstage auch deshalb wichtig, weil wir den frauen in der plötze erzählen wollen, was draußen läuft - damit für sie greifbar ist, warum und wie es draußen brodelt.

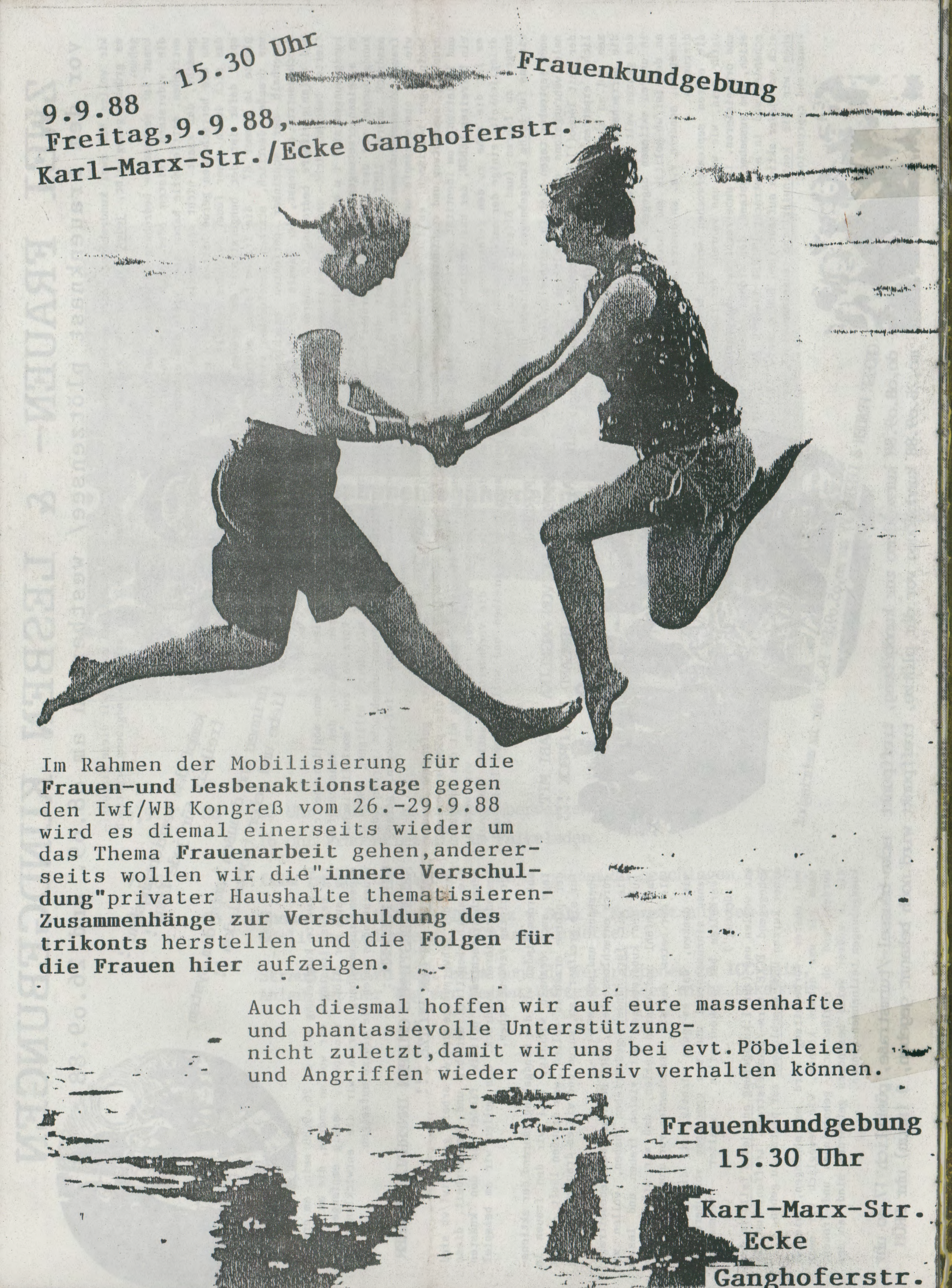
überhaupt und sowieso:
durch entschlossenheit, laut sein und die redebeiträge, die wir füreinander geschrieben haben, wollen wir auf den kundgebungen mit vielen frauen und lesben das gefühl und wissen teilen, daß wir stärker sind als der beton, den die herrschenden vor uns auftürmen.

wir denken, daß es ganz wichtig ist, die situation genau einzuschätzen und uns gemeinsam vorzubereiten. (verhalten bei vorkontrollen - spalier - vermummung - rückzug)

wir wollen uns (zur 1.kundgebung auf jeden fall) in der wohngegend ECKE turm-/beusselstraße treffen, um in einer kurzen DEMO geschlossen zur plötze zu gehen.

von unsrer vorbereitung wird es abhängen, wieviel raum wir uns nehmen können, wie beweglich wir sein werden, und ob ausländische genossinnen und frauen, die in andrer weise besonders gefährdet sind, an den kundgebungen teilnehmen können.

do,o8.o9.88 kurze demo zur kundgebung, treffpunkt ecke beussel-/turmstraße, pünktlich 17.3o uhr
mo,26.o9.88 kundgebung vor der plötze, treffpunkt wird noch bekannt gegeben, 9 (neun) uhr FRÜH


9.9.88
15.30 Uhr
Frauenkundgebung
Freitag,9.9.88,
Karl-Marx-Str./Ecke Ganghoferstr.

Im Rahmen der Mobilisierung für die **Frauen-und Lesbenaktionstage** gegen den Iwf/WB Kongreß vom 26.-29.9.88 wird es diemal einerseits wieder um das Thema **Frauenarbeit** gehen,andererseits wollen wir die"**innere Verschuldung**"privater Haushalte thematisieren- **Zusammenhänge zur Verschuldung des trikonts** herstellen und die **Folgen für die Frauen hier** aufzeigen.

Auch diesmal hoffen wir auf eure massenhafte und phantasievolle Unterstützung- nicht zuletzt,damit wir uns bei evt.Pöbeleien und Angriffen wieder offensiv verhalten können.

Frauenkundgebung
15.30 Uhr
Karl-Marx-Str.
Ecke
Ganghoferstr.